



Verband der Lehrer
an beruflichen Schulen
in Bayern e.V.

akzente

Berufliche Bildung
in Bayern

Unsere Themen

Berufliche Oberschule soll
soziale Schieflage des Schul-
systems reparieren

Lehrermangel gefährdet
Bildungsqualität

Europäischer Qualifikations-
rahmen (EQF)

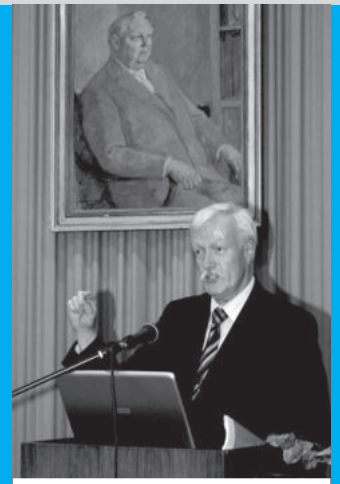
Personalratswahlen 2006

HPR: Beurteilung und
Büchergeld

Verbesserter Haftpflicht-
Versicherungsschutz

Unter der Obhut von Ludwig Erhard:

Fachtagung des kaufmännisch- verwaltenden Bereichs



HERAUSGEBER

Hans Käfler, Landesvorsitzender,
Verband der Lehrer an
beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB)
VLB Verlag e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München
Telefon: 0 89 - 59 52 70
Telefax: 0 89 - 5 50 44 43
Internet: www.vlb-bayern.de
E-Mail: info@vlb-bayern.de

REDAKTION

Hans Preißl
Bergweg 1, 94051 Hauzenberg
Telefon: 0 85 86 - 9 78 68 13
Telefax: 0 85 86 - 9 78 68 14
E-Mail: preissl@vlb-bayern.de
Martin Ruf
Nußbaumweg 9, 97084 Würzburg
Telefon: 09 31 - 66 14 15
Telefax: 09 31 - 6 60 72 91
E-Mail: ruf@vlb-bayern.de

ANZEIGENVERWALTUNG

Andrea Götzke
Telefon: 0 89 - 59 52 70
Telefax: 0 89 - 5 50 44 43
E-Mail: goetzke@vlb-bayern.de
Geschäftsstelle des VLB Verlages e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München

GESTALTUNG

signum3 oHG
Im Graben 6, 97204 Höchberg
Telefon: 09 31 - 4 52 09 90
Telefax: 09 31 - 4 52 75 98
E-Mail: gc@signum3.de

DRUCK

Böhler Verlag GmbH
Seilerstraße 10, 97084 Würzburg
Telefon: 09 31 - 6 34 31
Telefax: 09 31 - 61 17 84

ERSCHEINUNGSWEISE UND BEZUGSPREIS

„VLB akzente“ erscheint 10 x jährlich
Jahresabonnement 30,- Euro zzgl. Versand

KÜNDIGUNG

Die Kündigung kann bis drei Monate vor
Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

COPYRIGHT

Die veröffentlichten Beiträge sind
urheberrechtlich geschützt.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit
Genehmigung der Redaktion.

MANUSKRIPTE UND BEITRÄGE

Manuskripte gelten erst nach Bestätigung
durch die Redaktion als angenommen.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte
übernehmen wir keine Haftung.

Namentlich gezeichnete Beiträge, insbeson-
dere Leserbriefe, müssen sich nicht
mit der Meinung des Herausgebers und
der Redaktion decken.

„VLB akzente“ wird laufend im Dokumen-
tationsdienst der Ständigen Konferenz der
Kultusminister der Länder, im Dokumen-
tationsdienst der DEUTSCHEN BIBLIOTHEK
und im Dokumentationsring DOPAED
bibliographisch nachgewiesen.

REDAKTIONSSCHLUSS

für Heft 02: 2006-01-09
für Heft 03-04: 2006-02-13
für Heft 05: 2006-04-03

ISSN 0942 - 6930

Thema des Tages

- 3 Michael Birner: Berufliche Oberschule soll soziale Schieflage des Schulsystems reparieren

Bildungspolitik

- 4 Lehrerverbände und SPD-Fraktion: Lehrermangel gefährdet Bildungsqualität
5 arge-alp: Der Europäische Qualifikationsrahmen

Dienstrecht

- 7 Hans Preißl: Personalratswahlen im Mai 2006
9 Wolfgang Lambl: Bericht aus dem Hauptpersonalrat
10 dbb: Protestaktion gegen Weihnachtsgeldkürzung für Beamte

Lehrerbildung

- 11 Heiko Pohlmann: Zusammenarbeit von Schule und Hochschule
14 Dietmar Leischner: Lehrerfortbildung in China

FOS / BOS

- 16 Stabwechsel: Neuer Referent für FOS/BOS

Unterricht

- 16 Josef Kraft: Projekttag soziale Sicherheit

Schulentwicklung

- 17 Deutscher Arbeitgeberpreis für Berufsschule Vilshofen

VLB Online

- 18 Johannes Münch: Adware-Anbieter werben aggressiver

Aus dem Verbandsleben

Landesverband

- 19 Martin Ruf: Fachtagung des kaufmännisch-verwaltenden Bereichs
23 Ergebnisse der Arbeitskreise

Bezirks- und Kreisverbände

- 28 BV Oberpfalz; BV Unterfranken

Senioren

- 28 Berthold Schuler: Der Koalitionsvertrag und Wir
30 Konrad Wilhelm: Treffen schwäbischer Pensionisten

Personalien

Umschau

Vermischtes

- 33 BV Oberpfalz

Termine

- 34 Nachrichtliches

Letzte Umschlagsseite

- 36 Verbesserung in den Haftpflichtbedingungen

Titelfotos: Martin Ruf

Kultusminister Schneider möchte FOS und BOS zu einer beruflichen Oberschule vereinen:

Berufliche Oberschule soll soziale Schieflage unseres Schulsystems reparieren



MICHAEL BIRNER

Seit Jahren werden FOS und BOS an den meisten Standorten erfolgreich unter einem Dach geführt. Was ist neu oder anders an den Plänen des Ministers?

Schon heute unterrichten ja dieselben Lehrkräfte an beiden Schulen und es gibt viele Lehrplanparallelen. Die Schüler allerdings werden aufgrund ihrer unterschiedlichen Bildungswege in eigenen Klassen unterrichtet. Genau diese Trennung soll nun weitgehend aufgehoben werden. Welche Ziele verfolgt das Ministerium, welcher tiefere Grund steckt dahinter?

Neben den für Bayern erfreulichen Ergebnissen dokumentieren die neuesten PISA-Untersuchungen bekanntlich auch, dass in der Bundesrepublik im Vergleich zu anderen Ländern erheblich weniger junge Menschen eine Hochschulreife erwerben und dabei die soziale Herkunft besonders in Bayern eine wichtige Rolle spielt. Ein alarmierendes Ergebnis in einer globalisierten Welt, in der letztendlich die Effizienz der Schulsysteme entscheidet, wer die Nase in der Wissensgesellschaft vorne hat.

Da wundert es nicht, wenn sich der Focus unserer Bildungspolitik auf einen Schulbereich richtet, der nicht

nur prädestiniert ist, Nachteile der sozialen Herkunft zu kompensieren, sondern dies seit Jahren auch mit nicht mehr zu übersehenden Erfolgen praktiziert. Mehr als 40 Prozent aller Fachhoch- und Hochschulreifen werden bereits über berufliche Schulen erworben und die Erfolgsquoten dieser Absolventen beim Studium sprechen dem Vernehmen nach für sich. Die Rede ist hier vor allem von den Fachoberschulen und Berufsoberschulen, die in den letzten Jahren zweistellige Zuwächse verzeichneten.

Der zurzeit laufende Schulversuch „FOS 13“ eröffnet qualifizierten FOS-Absolventen den Weg zur fachgebundenen oder – mit zweiter Fremdsprache – zur allgemeinen Hochschulreife und zeigt bemerkenswerte Erfolge. Die Chance, auf diesem Weg die Anzahl der Abiturienten zu erhöhen und Schülerströme umzulenken ist bildungspolitisch nicht ohne Reiz.

Es sind erfreuliche Zeichen aus dem Kultusministerium, wenn die Anzahl der Studienberechtigten gerade über diese Schularten erhöht werden soll, denn damit kann in der Tat die soziale Schieflage unseres Schulsystems zum Teil korrigiert werden. Vielleicht haben dann ja auch die jüngsten Sparmaßnahmen ein Ende, mit denen man durch Kürzungen eben an den beruflichen Schulen die Intensivierungsstunden des G8 mitfinanzierte – sozusagen die Privilegierten auf Kosten der ohnehin Benachteiligten bediente. Eine Praxis, mit der die beschriebene soziale Benachteiligung an unseren Schulen in besonderer Weise unterstrichen wurde.

Kultusminister Schneider plädiert nun für einen auf neun Jahre angelegten und daher in seinen Augen „entspannteren“ Weg zur Hochschulreife über die bis zum Abitur rei-

chende Fachoberschule. Damit ein flächendeckendes Angebot in Bayern entsteht, möchte Minister Schneider die vielerorts bestehenden 13. Klassen der BOS mit der FOS 13 gemeinsam unterrichten lassen.

Zunächst darf man über den „entspannteren“ Weg streiten – wer Lehrpläne und Prüfungsanforderungen kennt, wird darüber wahrscheinlich anders urteilen. Auch das Abitur an der FOS und der BOS besteht generell aus 4 anspruchsvollen schriftlichen Prüfungen in den Fächern Deutsch, Englisch, Mathematik und einem beruflichen Fach. Dazu kommt u.U. noch die Prüfung in einer zweiten Fremdsprache. Eine nach Neigung mögliche Wahl- oder Kombinationsmöglichkeit wie am Gymnasium gibt es hier nicht.

Man darf auf die Vorschläge des Ministeriums gespannt sein, wie viel gemeinsame Beschulung ermöglicht wird, ohne die unterschiedlichen Bildungswege der Schüler zu vernachlässigen. Selbst bei angeglichenen Lehrplänen sind doch Alter, Reife, Vorkenntnisse und BAFÖG-rechtliche Stellung der Schüler in hohem Maße unterschiedlich. Das muss kein Hinderungsgrund sein, sollte aber nach der Devise soviel Differenzierung wie nötig, soviel gemeinsamer Unterricht wie möglich bei der Umsetzung berücksichtigt werden.

Mit gutem Grund hält das Ministerium an der beruflichen Orientierung dieser Schulen fest. Seit langem weiß man, dass dadurch eine erhebliche Lernmotivation freigesetzt wird, dass junge Menschen, die eine Berufsausbildung durchlaufen haben, als gereifte Persönlichkeiten mit hohem Engagement an ihrer Zukunft arbeiten.

Wenn aber schon neue Wege beschritten werden sollen, in denen die berufliche Komponente in besondere Weise betont wird, dann sollte man auch tradierte Vorstellungen hinterfragen: Für das Abitur sind Kenntnisse in einer zweiten Fremdsprache erforderlich, die berufliche Komponente, für das Studium oft weit entscheidender, bleibt unberücksichtigt.

Das ist bedauerlich, denn wer eine FOS besucht, muss ein berufliches

Praktikum in einem Umfang absolvieren, das von der zeitlichen Investition – ca. 800 Stunden – erheblich über der unterrichtlichen und häuslichen Beanspruchung für die geforderten Kenntnisse in einer zweiten Fremdsprache liegt.

Bleibt diese Forderung auch für Absolventen der BOS bestehen, dann darf gefragt werden, wo die adäquate Gegenrechnung für ca. 5000 Stunden Lehrzeit bleibt.

Es ist nicht einleuchtend, wenn Kenntnisse in einer zweiten Fremdsprache als Forderung für eine allgemeine Hochschulreife weiterhin Bestand haben sollen, aber die mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung verbundenen Kenntnisse bei dieser Bewertung kein alternatives Bildungsgut darstellen.

Auch KMK-Vereinbarungen dürfen hinterfragt werden. <

Finanzminister opfert der Haushaltssanierung 1400 Lehrstellen

Die gegenwärtige Situation führt zur Arbeitsüberlastung des Lehrpersonals, worunter auch der pädagogische Auftrag leidet. Scharfe Kritik übten die Verbandsvorsitzenden deshalb vor allem daran, dass die Zahl der Unterrichtsstunden, die Lehrer erteilen müssen, in den vergangenen Jahren wiederholt erhöht wurde. Von den 2090 Stellen, die die Lehrerschaft durch die erneute Verlängerung ihrer Arbeitszeit erwirtschaftet hat, kassierte der Finanzminister rund 1400, um den Haushalt zu sanieren. Lediglich 600 der von Lehrern erwirtschafteten Stellen kamen den Schülern zugute.

Kritisiert wurde auch die ungenügende Bildungsfinanzierung und eine fehlende nachhaltige Bedarfsplanung beim Lehrpersonal. „Hier“, so Pfaffmann „ist die Staatsregierung in der Pflicht, im Nachtragshaushalt entsprechende Mittel bereit zu stellen.“ Die Lehrerverbände im BBB begrüßen den Dringlichkeitsantrag der Landtags-SPD, dass der Nachtragshaushalt 2006 unter den Schwerpunkt Bildung gestellt werden müsse. „Wir unterstützen die Forderung nach Finanzmitteln für 2000 Lehrerinnen und Lehrern ebenso wie nach einem Investitionsprogramm für Schulen“, bekräftigen die Lehrervertreter.

Schulen brauchen mehr Personal für pädagogische Verbesserungen

Der Lehrerberuf muss aktuell dringend gedeckt und mittelfristig gesichert sein. Neben der Wiederbesetzung von ca. 20000 Lehrstellen, die bis zum Jahr 2010 durch Pensionierungen notwendig wird, müssen zusätzliche Stellen für pädagogische Verbesserungen geschaffen werden. Dazu gehören nicht nur kleinere Klassen und Lerngruppen, sondern auch ein bedarfsgerechtes Angebot an Ganztagsbetreuung bzw. Ganztagschulen. Um Interessenten für den Lehrerberuf zu gewinnen, sind günstigere Arbeitsbedingungen in der Schule ebenso notwendig wie eine größere Wertschätzung der Lehrarbeit in der Öffentlichkeit.

Treffen der Lehrerverbände im Bayerischen Beamtenbund (BBB) mit der SPD-Fraktion:

Der Lehrermangel gefährdet die Bildungsqualität

Schon wenige Wochen nach Beginn des neuen Schuljahres ist aus der Sicht der Lehrerverbände im Bayerischen Beamtenbund (BBB) die Unterrichtsversorgung äußerst angespannt. Diese ernüchternde Bilanz zogen die Vorsitzenden der bayerischen Lehrerverbände, die sich auf Einladung der SPD Landtagsfraktion mit dem Fraktionsvorsitzenden Franz Maget und dem bildungspolitischen Sprecher, Hans-Ulrich Pfaffmann zu einem Spitzengespräch getroffen haben, um die Lage an den bayerischen Schulen in Sachen Lehrerversorgung zu besprechen.

Bei dem Treffen mit Albin Dannhäuser, Bayerischer Lehrerinnen- und Lehrerverband (BLLV), Max Schmidt, Bayerischer Philologenverband (bpv), Anton Huber, Bayerischer Realschullehrerverband (brlv), Hans Käfler, Verband der Lehrer an beruflichen Schulen (VLB) und Bernd Buckenleib, Katholische Erziehergemeinschaft (KEG) wurde deutlich, dass der Lehrermangel an den bayerischen Schulen dramatische Ausmaße angenommen hat.

Die mobilen Lehrerreserven an den allgemein bildenden Schulen sind nahezu aufgebraucht. Finanzielle Mittel für dringend benötigte

Aushilfskräfte an beruflichen Schulen sind wegen der Kürzung bei den nebenberuflichen Lehrkräften nicht vorhanden.

Lehrerversorgung reicht nicht einmal für das Pflichtprogramm

In Hunderten von Schulen übersteigen die Klassenstärken 34 Schülerinnen und Schüler. Oft kann regulärer Unterricht wegen Kürzungen der Stundentafel oder Streichung von Unterrichtsstunden nicht angeboten werden, Förder- und Intensivierungsstunden stehen häufig nur auf dem Papier.

Deshalb waren sich die Verbands-spitzen mit den SPD-Vertretern einig, dass eine möglichst individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler, kleinere Klassen, wenig Unterrichtsausfall, differenzierte Angebote, sinnvolle Projekte und weitere pädagogisch notwendige Maßnahmen an Schulen in der derzeitigen Situation nicht realisierbar sind, da die Lehrerversorgung jetzt schon für die „Pflichtaufgaben“ kaum ausreicht.

Die fünf Vorsitzenden der Lehrerverbände stellen fest: „Der Lehrermangel ist ein pädagogisch unhaltbarer Zustand, der die Bildungsqualität gefährdet.“



Der SPD-Fraktionsvorsitzende Franz Maget (3. v. l.) und der bildungspolitische Sprecher der SPD, Ulrich Pfaffman (2. v. l.) luden die bayerischen Lehrerverbände zu einem Spitzengespräch. Die Präsidenten der Lehrerverbände (v. l.) Albin Dannhäuser, BLLV; Max Schmidt, bpv; Hans Käfler, VLB; Bernd Buckenleib, KEG; Anton Huber, brlv sehen in der völlig unzureichenden Lehrerversorgung eine nicht hinnehmbare Überlastungssituation für die Lehrkräfte.

Die SPD-Landtagsfraktion sicherte zu das aktuelle Problem des Lehrermangels weiter konsequent in die parlamentarischen Beratungen einzubringen und Lösungen vorzuschlagen. Pfaffmann: „Oberste Priorität der SPD-Fraktion ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen im derzeitigen Schulsystem in Bayern im Inter-

esse der Kinder, Eltern und Lehrer.“ Deshalb wurde vereinbart die Spitzengespräche fortzuführen. Die Verbandspräsidenten haben ihre Unterstützung zugesagt, sich gemeinsam darum bemühen zu wollen, die Lage an den Schulen schnell und nachhaltig zu verbessern. <

arge-alp beteiligt sich am Konsultationsprozess:

Der Europäische Qualifikationsrahmen (EQF)

Politischer Hintergrund

Lebenslanges Lernen ist, angesichts der rapiden sozialen, technologischen und wirtschaftlichen Veränderungen unserer Zeit zu einer Notwendigkeit geworden. Eine Karriere auf der Basis von lebensbegleitendem Lernen lässt sich derzeit allerdings aufgrund von oft mangelnder Kooperation und Kommunikation zwischen Berufsbildungsanbietern innerhalb eines Landes und über nationale Grenzen hinweg meist schwer realisieren.

Seit dem Jahr 2003 haben Politiker und Politikerinnen auf europäischer Ebene die Entwicklung eines gemeinsamen europäischen Qualifikationsrahmens angeregt, der ein „Dach“ für die Einordnung nationaler Qualifika-

tionsrahmen bilden, und lebensbegleitendes Lernen fördern soll.

Der gemeinsame Zwischenbericht (Februar 2004) des Europäischen Rates und der Europäischen Kommission räumt der Entwicklung eines gemeinsamen europäischen Qualifikationsrahmens Priorität ein und sieht darin einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der Lissabon Ziele. Die Staats- und Regierungschefs haben im März 2005 die Ausarbeitung des Europäischen Qualifikationsrahmens beschlossen.

Das Maastricht Kommuniqué, welches am 14. Dezember 2004 von den Bildungsministern und Bildungsministerinnen von 32 europäischen Ländern (MS, Beitrittskandidaten,

EFTA Staaten), den Sozialpartnern und der Europäischen Kommission verabschiedet wurde, beinhaltet das politische Mandat der Bildungsminister und Bildungsministerinnen für den EQF.

Funktion und Zweck des europäischen Qualifikationsrahmens

- Der europäische Qualifikationsrahmen ist ein Instrument, welches die Transparenz der Berufsbildungs- und Bildungssysteme der einzelnen Mitgliedsstaaten erhöht und die noch auszuarbeitenden nationalen Qualifikationsrahmen zu einander in Bezug bringt. Der EQF ist aber kein Instrument, das eine rechtlich verbindliche Entscheidung über die Anerkennung von Qualifikationen trifft. Ausdrücklich werden Art. 149 und 150 des EU-Vertrages genannt
- Den Kern des EQF bilden 8 Referenzniveaus die die gesamte Bandbreite vom angelernten Arbeiter/von der angelernten Arbeiterin bis zum Doktorat abdecken. Dadurch werden eine Erhöhung der Transparenz am Arbeitsmarkt und eine Erleichterung der Mobilität für europäische Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen angestrebt. Der EQF hat aber keineswegs die Funktion einer detaillierten Gleichsetzung spezifischer Qualifikationen zu einander oder eine rechtlich bindende Funktion, die Auswirkungen beispielsweise auf Entlohnungs- oder Qualitätssicherungssysteme hat.
- Der EQF bildet die Grundlage für das geplante Europäische Kreditpunktesystem (ECVET). Er kann jedoch keine detaillierten Beschreibungen einzelner Qualifikationen, Lernwege (denn es werden gleiche/vergleichbare Kompetenzen in den Mitgliedstaaten auf unterschiedlichen Bildungswegen erworben) oder Zugangsbedingungen (auch diese variieren von Land zu Land) beinhalten. Das bleibt Aufgabe sektoraler oder nationaler Qualifikationsrahmen
- Die NQF (= nationale Qualifikationsrahmen), die auf freiwilliger Basis auszuarbeiten sind, ermöglichen es dann, dass die konkreten

nationalen Qualifikationen europäischen Referenzebenen der Qualifikationen zugeordnet werden.

Ziele des europäischen Qualifikationsrahmens

Der EQF soll auf europäischer Ebene die freiwillige Erarbeitung von auf Kompetenzen basierter Lösungen unterstützen. Er kann somit als „Übersetzungshilfe“ für Qualifikationen in eine gemeinsame, auf europäischer Ebene verständlichen Sprache von Lernergebnissen, also einer Beschreibung dessen, was jemand kann oder weiß, angesehen werden und verfolgt die nachstehenden Ziele:

- Förderung des lebensbegleitenden Lernens
- Förderung der Transparenz zwischen einzelnen Mitgliedsstaaten
- Transparenz zwischen Bildungs- und Ausbildungssystemen
- Erreichen einer neuen Form des Lernens
- Qualifikationssysteme auf nationaler und sektoraler Ebene zu einander in Beziehung zu setzen
- die Übertragung und Anerkennung der von einzelnen Bürgern und Bürgerinnen erworbenen Qualifikationen zu erleichtern

Der EQF-Konsultationsprozess

Die Europäische Kommission startete im Sommer 2005 den gesamteuropäischen Konsultationsprozess der bis Dezember 2005 abgeschlossen sein soll.

In diesem Zeitraum haben alle beteiligten Akteure (Sozialpartner, Ministerien, Bildungsanbieter ...) die Gelegenheit, ihre Stellungnahmen zum Konsultationsdokument abzugeben.

ECVET-Initiative in der Testphase

Der Vorschlag zur ECVET Initiative (Punktesystem für die berufliche Ausbildung) wurde sowohl in der Generaldirektoren/Generaldirektorinnenkonferenz als auch im Beratenden Ausschuss für Berufsbildung diskutiert und befindet sich jetzt in einer Testphase mit Institutionen in beitragswilligen Mitgliedsstaaten. Im Jahr 2006 (genauer Zeitpunkt wird

noch festgelegt) werden die Ergebnisse der Testphase evaluiert und in den ECVET Vorschlag eingearbeitet. Am Anschluss daran startet der ECVET Konsultationsprozess. Es ist denkbar, dass der Kommission bis Ende 2006 ein Vorschlag zu ECVET für eine Empfehlung des Europäischen Rates und des Europaparlaments vorgelegt werden kann.

Entwicklung eines nationalen Qualifikations-Rahmens (NQF)

Eine Beteiligung am gesamteuropäischen Qualifikationsrahmen (EQF) erfordert zunächst die Entwicklung eines Nationalen Qualifikationsrahmens. Diese Nationalen Qualifikationsrahmen sollen sich weitgehend am Europäischen Qualifikationsrahmen orientieren. Länder, die noch keinen nationalen Qualifikationsrahmen haben, sind dadurch gefordert, das existierende Bildungs- und Qualifikationssystem in einem NQF abzubauen.

Position der arge-alp-Länder zur Einführung des EQF

(Baden Württemberg, Bayern, Österreich, Schweiz, Südtirol)

Zu den gestellten Fragen wird von den Verte/innen der arge-alp Arbeitsgruppe wie folgt Stellung genommen, wobei eingangs festgehalten wird, dass im Mittelpunkt unseres Interesses die duale Ausbildung steht.

Die Schaffung eines europäischen Qualifikationsrahmens wird von den ARGE ALP-Ländern begrüßt und als Chance für eine adäquate Positionierung der dualen Ausbildung gesehen. Ausgehend von der Gleichwertigkeit von Bildungssystemen ist für uns insbesondere die Frage nach dem Stellenwert unterschiedlicher Ausbildungsmodelle (Lehrlingsausbildung, vollzeitschulische berufliche Erstausbildung) innerhalb desselben Arbeitsmarktsegmentes interessant.

Durch die Implementierung eines neutralen Bezugsrahmens erwarten wir uns einen objektiven Vergleich von in stark unterschiedlich strukturierten Ausbildungsangeboten erworbenen Qualifikationen. Positive Effekte bei Kooperationen im ARGE

ALP-Bereich erhoffen wir uns insbesondere im Hinblick auf eine stärkere Mobilität, effizientere Einsetzbarkeit qualifizierter Fachkräfte am «regionalen, grenzüberschreitenden» Arbeitsmarkt.

Da der EQF keine Einzelheiten über spezifische Qualifikationen oder Qualifikationssysteme transportiert, sondern sich auf die Beschreibung von drei Arten von Lernergebnissen konzentriert, sollten in einem Sektor bestehende Qualifikationen in allen Ländern bestimmten Stufen zuordenbar sein. Die Herausforderungen, die dabei geortet werden, bestehen insbesondere in der Entwicklung der NQF sowie bei der Gestaltung der dafür erforderlichen Abstimmungsprozesse mit allen in den Bildungs- und Arbeitsmarktbereich involvierten Akteuren.

Aus Sicht der „deutschsprachigen Alpenländer“ gibt es einen Handlungsbedarf insbesondere für die Sektoren Bau, Gastgewerbe sowie Soziale Dienste (Kinderbetreuung, -erziehung, Pflege von alten Menschen). Im Bereich der Sozialdienste/ -berufe wäre ein spezifischer Qualifikationsrahmen sehr sinnvoll und auch notwendig, da die Arbeit mit und an Menschen und die dafür erforderliche Qualifikation in den verschiedenen Ländern besonders aufmerksam geprüft und bewertet wird.

Die Formulierungen der Kriterien, nach denen Bildungselemente den Stufen zugeordnet werden, bilden den wohl anspruchsvollsten Teil des Projektes EQF. Und hier sollten auch die spezifischen Aspekte der dualen Ausbildung besonders beachtet werden:

- In einer dualen Ausbildung besitzen die einzelnen Ausbildungselemente in der Regel stark unterschiedliche Anforderungen. Neben Ausbildungselementen, die bis zur Stufe 5 der 8 Stufen des EQF reichen können, gibt es oft auch Elemente der einfachen Stufen 2 oder 3. Das verleitet leicht dazu, die gesamte Ausbildung vergleichsweise zu tief einzustufen.
- Zu berücksichtigen in den Kriterien ist auch, in welchem Maße eine Kompetenz erreicht wird bzw. erreicht werden soll. In der du-

alen Ausbildung wird oft nicht nur ein einfaches „Wissen“ oder „Können“ erreicht, sondern ein echtes „Beherrschen“ inkl. Handhabung der Hilfsmittel und Instrumente.

- Weiters beinhalten die in der dualen Ausbildung erreichten Kompetenzen oft auch Aspekte der Sozialkompetenz und einer unternehmerischen Haltung, was in einer rein schulischen unseres Erachtens teilweise zu kurz kommt.
- Was die Beschreibungsmerkmale und allfällige Konkretisierung angeht wird angemerkt, dass Standards der Lehrlingsausbildung vor allem auch Haltungen betreffen sollen. Die im EQF beschriebenen Lernergebnisse sind unbestritten wichtige Instrumente zur Feststellung von Entsprechungen, es darf dabei jedoch nicht auf die transversalen Leistungen vergessen werden, die ganz entscheidend die Wettbewerbsfähigkeit eines jungen Menschen beeinflussen. Diese sind unseres Erachtens noch nicht ausreichend berücksichtigt.

Die Entwicklung von Standards wird auch unabhängig vom EQF als ein sehr wichtiger Prozess gesehen. Standards für den Dualen Bereich sollen sich an sichtbare Handlungskompetenzen orientieren, an erkennbaren und beurteilbaren Handlungen, welche das zu erreichende Ziel eines Lernprozesses darstellen. Kann diese Handlung korrekt ausgeführt werden, so gilt der Standard als erfüllt bzw. die Leistung als erbracht. Solche Standards verlangen eine sichtbare Konkretisierung, nur so ist der Vergleich auch über Grenzen möglich, nur so werden Schwachstellen sichtbar und können gezielt behoben werden. Daraus ergeben sich sehr hohe Ansprüche an die Ausformulierung dieser Standards, wenn die konkrete Anschaulichkeit mit allgemein gültigen Aussagen verbunden werden muss.

Die arge-alp ist überzeugt, dass Standards nachhaltig eine Verbesserung der Ausbildung bewirken und einen objektiven Vergleich auch zwischen stark unterschiedlichen Bildungssystemen ermöglichen werden.

Vorbereitungen des Hauptwahlvorstandes laufen auf Hochtouren:

Personalratswahlen im Mai 2006

HANS PREISL

Am 31. Juli endet die Amtszeit der im Jahr 2002 gewählten Personalräte. Das Bayerische Personalvertretungsgesetz (BayPVG) gibt den Zeitrahmen für die Neuwahlen vor. Sie haben in der Zeit zwischen dem 1. Mai 2006 und dem 31. Juli 2006 stattzufinden. Mit Rücksicht auf die bei der Fußballweltmeisterschaft eingesetzten Polizeibeamten hat das bei der Vorbereitung und Durchführung der Wahl federführende Finanzministerium in Abstimmung mit den beteiligten Verbänden und Ressorts den 9. Mai als voraussichtlichen Wahltag festgelegt.

Die Vorbereitungen auf die im Frühsommer 2006 anstehenden Personalratswahlen überschneiden sich mit einem Gesetzgebungsverfahren zur Neuordnung des Bayerischen Disziplinarrechts. Der Ministerrat hat in seiner Sitzung vom 11. Oktober einen Entwurf zur Änderung des Bayerischen Disziplinarrechts beschlossen.

Längere Amtszeit für Personalräte

Aus diesem Gesetzentwurf ergeben sich auch relevante Veränderungen für die kommenden Personalvertretungswahlen in Bayern:

- Die traditionelle Unterscheidung zwischen Arbeitern und Angestellten wird aufgegeben. Für beide wird künftig der Begriff Arbeitnehmer verwendet.
- Es wird deshalb landesweit statt bis jetzt drei nur noch zwei Gruppen (Arbeitnehmer und Beamte) geben.
- Die Amtszeit der Personalvertretungen soll von jetzt vier auf fünf Jahre verlängert werden (die Amtsdauer der Jugend- und Auszubildendenvertretung beträgt künftig zweieinhalb Jahre).

Wenn der Bayerische Landtag zustimmt, sollen die Änderungen zum 1. Januar 2006 in Kraft treten. Theo-

retisch wäre der Fall denkbar, dass der Bayerische Landtag die Änderung des BayPVG (Bayerisches Personalvertretungsgesetz) nicht beschließt. Da also keine endgültige Rechtssicherheit über das Zustandekommen des Gesetzes besteht, ist bei den Wahlvorbereitungen sicherzustellen, dass die Wahlen auch dann termingerecht durchgeführt werden können, wenn der Landtag die Änderung des BayPVG nicht beschließt. Die Mitglieder des Hauptpersonalrats 2006 werden von den zum Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus gehörenden Beschäftigten gewählt. Im Falle der (wahrscheinlichen) Gesetzesänderung besteht der Hauptpersonalrat aus sieben und nicht mehr acht Gruppen, nämlich der Gruppe der

- a) Beamten (sofern sie nicht Lehrer an Gymnasien, Realschulen, beruflichen Schulen, Volksschulen oder Sonderschulen sind)
- b) Arbeitnehmer (sofern sie nicht Lehrer an Gymnasien, Realschulen, beruflichen Schulen, Volksschulen oder Sonderschulen sind)
- c) Lehrer an Gymnasien*
- d) Lehrer an Realschulen*
- e) Lehrer an beruflichen Schulen*
- f) Lehrer an Volksschulen*
- g) Lehrer an Sonderschulen*

* Beamte und angestellte Lehrkräfte

Falls aber die Unterscheidung der Gruppe der Angestellten und der Gruppe der Arbeiter bestehen bliebe, würden dem Hauptpersonalrat wie bisher Mitglieder aus acht Gruppen angehören. Aus diesem Grund bittet der Hauptwahlvorstand darum die an die Bezirkswahlvorstände zu übermittelnden Angaben sicherheitshalber an der gegenwärtigen Rechtslage zu orientieren. Die örtlichen Wahlvorstände müssen also

- die Zahl der an der Dienststelle Beschäftigten

- die Zahl der Wahlberechtigten
- den Anteil an Frauen und Männern bei den wahlberechtigten Beschäftigten
- die Verteilung der an der Dienststelle Beschäftigten auf acht (!) Gruppen an den Bezirkswahlvorstand melden. Für diese Rückmeldung haben die örtlichen Wahlvorstände entsprechende Formulare erhalten.

Wenn das Gesetz wie erwartet in Kraft tritt und die Unterscheidung in die Gruppe der Angestellten und die Gruppe der Arbeiter wegfällt, wird der Hauptwahlvorstand die gemeldeten Beschäftigtenzahlen beider Gruppen in der Gruppe der Arbeitnehmer zusammenfassen. Die örtlichen Wahlvorstände müssen nach Inkrafttreten des Gesetzes ihre örtlichen Wählerverzeichnisse ebenfalls an die geänderte Rechtslage anpassen.

Wahlvorstände haben einen umfassenden Auftrag

Diese örtlichen Wahlvorstände sind bis spätestens 16. Dezember an jeder zum Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus gehörenden Dienststelle zu bilden. Diese Wahlvorstände führen auch die Wahlen des Hauptpersonalrats im Auftrag des Hauptwahlvorstandes durch. Dieser Auftrag zur Durchführung der Wahl gilt u. a. für

- Regierungen (als Dienststelle der Schulabteilungen)
- Berufsschulen
- Berufsfachschulen
- Wirtschaftsschulen
- Fachschulen
- Fachakademien
- Fachoberschulen
- Berufsoberschulen

Wegen der Fülle und Wichtigkeit der Aufgaben kommt einer rechtzeitigen Einsetzung der örtlichen Wahlvorstände eine besondere Bedeutung zu. Wahlvorstände

- sind Ansprechpartner für die Beschäftigten der Dienststelle
- sind Ansprechpartner für die Regierungen
- ermitteln die Zahlen der Beschäftigten

- ermitteln die Zahlen der Wahlberechtigten
- organisieren den Aushang der Schreiben des Hauptwahlvorstandes
- stellen das Wahlergebnis fest
- melden notwendige Erhebungen an die Regierungen

Für einen reibungslosen Informationsfluss ist besonders wichtig, dass die örtlichen Wahlvorstände ihre Rückmeldungen ausschließlich an die Bezirkswahlvorstände der Bezirksregierungen richten.

Ausgehend vom Wahltag 9. Mai ergibt sich nach der Wahlordnung des BayPVG folgender Zeitplan:

16. Dezember

Aushang der Bekanntmachung „Mitglieder des Hauptwahlvorstandes“ (bis zum Abschluss der Wahl). Meldung der Zusammensetzung der örtlichen Wahlvorstände an die Bezirkswahlvorstände

19. Dezember 2005

Örtliche Wahlvorstände melden Zahl der Beschäftigten und Wahlberechtigten an die Bezirkswahlvorstände

27. Januar 2006

Das vom Hauptpersonalrat zu erlassende Wahlausschreiben wird an einer oder mehreren den Wahlberechtigten gut zugänglichen Stellen ausgehängt.

1. Februar 2006

Das Wählerverzeichnis ist an geeigneter Stelle zur Einsicht auszulegen und bei Bedarf zu aktualisieren oder korrigieren.

21. Februar 2006

Einreichung der Wahlvorschläge

6. April

Aushang der Bekanntmachung der Wahlvorschläge

9. Mai 2006

Wahl; der örtliche Wahlvorstand kann beschließen, dass die Wahl auf den 10. und/oder 11. Mai ausgedehnt werden kann.

11. Mai nach Dienstschluss

Stimmauszählung. Damit eine Wahlbeeinflussung durch das vorzeitige Bekanntwerden einzelner Wahlergebnisse ausgeschlossen ist, dürfen auch Dienststellen, die nur am 9. Mai wählen, erst am 11. Mai nach Dienstschluss mit der Stimmauszählung beginnen.

12. Mai 2006

Örtliche Wahlvorstände übermitteln das Ergebnis vorab per Telefax und im Original per Post an den Bezirkswahlvorstand

Ermittlung der Beschäftigeneigenschaft und der Wahlberechtigung

Beschäftigte sind alle zur Dienststelle gehörenden, Beamten und Arbeitnehmer, auch wenn sie beurlaubt sind. Lehrer, die in den Gruppen c) bis g) (s. o.) einzuordnen sind, können nicht zugleich in den Gruppen a) oder b) eingeordnet werden. Beamte im Schulaufsichtsdienst (z.B. Ministerialbeauftragte) wählen bei der Gruppe der Beamten.

Beschäftigte, die Altersteilzeit im Blockmodell in Anspruch nehmen und sich zum Zeitpunkt der Wahlen in der Freistellungsphase befinden, sind weder wahlberechtigt noch wählbar. Sie sind zwar bei der Zahl der Beschäftigten, nicht aber bei der Ermittlung der Wahlberechtigten zu berücksichtigen.

Studienreferendare und Lehramtsanwärter sind in den Ausbildungsabschnitten wahlberechtigt, in denen sie eigenverantwortlich Unterricht erteilen. <

Personalratswahlen
2006

Der Hauptpersonalrat in schwieriger Mission:

Beurteilung und Büchergeld

Beurteilungs-KMS

Das „Beurteilungs-KMS“ der Abteilung Berufliche Schulen an die Schulleiterinnen und Schulleiter ist am 14. 09. 2005 an die Schulen versandt worden. Neben einigen klarstellenden Hinweisen und einigen Punkten, die auch auf die Stellungnahme des HPR zurückgehen, enthalten diese Vollzugshinweise aber auch noch einige zwischen HPR und der Abteilung Berufliche Schulen strittige Punkte.

Auch wenn an einigen Schulen die Erklärungen auf Einbeziehung bzw. Verzicht auf eine Beurteilung bereits früher eingefordert wurden, steht nun der offizielle Termin für die Erklärung fest. Die Beurteilungsrichtlinien vom Mai 2005 (s. KMBek vom 11. 4. 2005 in KWMBI 8-2005 vom 29. 4. 2005 S. 132 – 148) sahen Ende 2005 vor, das KM legte nun als spätesten Termin für die Erklärung den 15. Januar 2006 (Eingang bei der Schulleitung) fest. Eine Verzichtserklärung können die vom 1. 1. 1957 bis 2. 1. 1952 Geborenen abgeben, einen Antrag auf Einbeziehung in die periodische Beurteilung können die vor dem 2. 1. 1952 Geborenen stellen.

Mit KMS vom 24. 06. 2002, Gz. VII/10-P9010/2-7/32 992, wurde ein Vergleich der Beurteilungsprädikate mit den Punktegruppen in Relation gesetzt:

16, 15	14, 13, 12	11, 10, 9	8,7	6,5
HD	ST	ER	UA	VL

Es ist nicht beabsichtigt, eine Zuordnung der Punktwerte zu den „neuen“ Beurteilungsprädikaten vorzunehmen. Einen Schulschnitt wird es (offiziell) nicht geben, gem. Vollzugshinweisen haben die Regierungen bzw. Ministerialbeauftragten aber darauf zu achten, ob die Schulen auf Regierungsbezirks- bzw. MB-Ebene vergleichbare Beurteilungsmaßstäbe angelegt haben. Gegebenenfalls seien einzelne Schulen aufzufordern, erhebliche Abweichungen von

den Durchschnittswerten, die sich auf Regierungs- bzw. MB-Ebene ergeben, zu begründen und gegebenenfalls zu korrigieren.

Der Hauptpersonalrat hat sich eindeutig gegen eine „verpflichtende“ Beteiligung der Fachbetreuer oder der Stellvertreter an Unterrichtsbesuchen im Beurteilungsjahr 2006 ausgesprochen.

Die Regelung ergeht nach Auffassung des HPR und des VLB zu kurzfristig und stellt in dem noch zur Verfügung stehenden Zeitraum Schulleiter und Fachbetreuer/Stellvertreter vor große Probleme. Von der Zusatzbelastung für die Fachbetreuer/Stellvertreter ganz zu schweigen. Nach den Unterrichtsbesuchen sind ja die „Beobachtungen“ festzuhalten, zu bewerten und schließlich mit den Lehrkräften zu besprechen. Und dies, nachdem den Funktionsträgern die Anrechnungstunden gekürzt wurden. Sollte eine Beteiligung der Fachbetreuer oder Stellvertreter im Einzelfall nicht organisierbar sein, ist dieser Sachverhalt zu vermerken. Dadurch wäre die Beurteilung auch formal nicht zu beanstanden.

Entwurf der Funktionsrichtlinien (FubSch)

Die Richtlinien für die dienstliche Beurteilung und den Leistungsbericht für Lehrkräfte an staatlichen Schulen in Bayern vom 11.04.2005 (im Folgenden „Beurteilungsrichtlinien“) sehen in Abschnitt A Nr. 4.2.2 c) Satz 3 vor, dass der Verzicht auf eine nach Vollendung des 50. Lebensjahres fällige periodische dienstliche Beurteilung berufliche Auswirkungen haben kann, auf welche die betreffende Lehrkraft hinzuweisen ist.

Lehrkräften, die gemäß Abschnitt A Nr. 4.2.2 c) Satz 2 der Beurteilungsrichtlinien auf eine periodische dienstliche Beurteilung verzichten, fehlt im Rahmen des Leistungsvergleichs, der nach dem Leistungsprinzip erforder-

lich ist, eine aktuelle Bewertung der Leistungen. Es kann daher der nach dem Leistungsprinzip notwendige Vergleich der fachlichen Leistung, Eignung und Befähigung der Bewerber im Rahmen des Auswahlverfahrens nicht vorgenommen und die Lehrkraft bei der Auswahlentscheidung nicht berücksichtigt werden. Eine aktuelle Leistungsfeststellung erfolgt in diesen Fällen im Bereich der beruflichen Schulen in der Regel nicht, da die betreffende Lehrkraft bewusst auf eine aktuelle Bewertung des Leistungsbildes verzichtet hat.

Ausnahmen sind aus wichtigem Grund möglich; in diesen Fällen erfolgt eine aktuelle Leistungsfeststellung auf Anforderung und unter Beteiligung der zuständigen Schulaufsichtsbehörde.

Die Richtlinien für Funktionen von Lehrkräften an staatlichen beruflichen Schulen werden entsprechend geändert.

In diesem Zusammenhang wird nochmals darauf hingewiesen, dass die Schulleitungen bei einem Verzicht auf die periodische dienstliche Beurteilung gemäß Abschnitt A Nr. 4.2.2 c) Satz 2 der Beurteilungsrichtlinien die betreffende Lehrkraft über die Auswirkungen eines Verzichts (s.o.) belehren müssen und dies von der Lehrkraft schriftlich zu bestätigen ist.

Der Hauptpersonalrat rät deshalb allen betroffenen Kolleginnen und Kollegen sich über die Auswirkungen eines Verzichts eingehend zu beraten.

Büchergeld

Den HPR erreichten viele Anfragen zum Thema Büchergeld. Zur Klarstellung sei auf den Gesetzestext hingewiesen: „ Art 21 Lernmittelfreiheit, Büchergeld (3) Zur Finanzierung der Kosten der Lernmittelfreiheit wird von den Schülern als Eigenbeteiligung für die Beschaffung von Schulbüchern ... ein Betrag von 40 bzw. 20 EUR zu dem für die Amtlichen Schuldaten eines jeden Schuljahres maßgeblichen Stichtag erhoben. Der Betrag wird vom Träger des Schulaufwands erhoben, fließt ihm zu und ist ...“. Dass die Lehrkräfte den Betrag einsammeln müssen, steht

so nicht im Gesetz. Erst in den Vollzugshinweisen des KM wird diese Arbeit den Schulen bzw. den Lehrkräften aufgebürdet.

So eine Mitteilung einer Polizei-Inspektion war über kurz oder lang zu erwarten:

Dieb stahl das Büchergeld (Nürnberger Zeitung vom 12. 10. 2005)

Durch das Einsammeln des Büchergeldes befindet sich derzeit in den Schulen mehr Bargeld als sonst – das dachte sich offenbar ein Dieb und stahl an einer Schwabacher Hauptschule rund 600 Euro. Wie die Polizeidirektion Schwabach mitteilte, hatte eine Lehrerin Büchergeld und Unkostenbeiträge für einen Klassenausflug eingesammelt und in den Schreibtisch im Klassenzimmer eingesperrt. Am Montag musste sie feststellen, dass der Schreibtisch geöffnet worden war und das Geld fehlte. Die Polizei-Inspektion Schwabach ermittelt.

Aus „gegebenem Anlass“ rät der Hauptpersonalrat den Kolleginnen und Kollegen dringend, eingesammeltes Geld unverzüglich bei der Schulleitung/Sekretariat abzugeben. Das Problem wird zwar dadurch nur verlagert, eine Vielzahl von Kolleginnen und Kollegen aber entlastet und die Verantwortung an die zuständigen Schulleitungen abgeschoben. Jede Behörde hat eine eigene, sachgerecht ausgestattete Inkassostelle, die Beschäftigten sammeln das Geld auch nicht persönlich ein – nicht einmal die Beamten des Finanzamtes bzw. Finanzministeriums, man wird zur Kasse geschickt oder zur bargeldlosen Zahlen verpflichtet. Nur wir Lehrkräfte machen alles selbst und tragen das Risiko.

Der Hauptpersonalrat fordert deshalb – sollte das Gesetz zur Lernmittelfreiheit nicht geändert werden – einerseits die bargeldlose Vorgehensweise zu favorisieren bzw. bei Umgang mit Hartgeld und Scheinen die

entsprechenden Sicherheitsvorkehrungen einer Geldsammelstelle und Transportsicherung zu treffen. Dazu gehört auch, zum Schutze der Lehrkräfte, Schulleitungen, Hausmeister und Verwaltungsangestellten, die Haftungsfragen eindeutig zu regeln und ausreichenden Versicherungsschutz zu gewähren.

Mehrarbeit

Mehrarbeit bei Teilzeitbeschäftigten: Teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte im

Angestelltenverhältnis haben entweder Anspruch auf vollen Freizeitausgleich oder auf anteilige Vergütung nach dem BAT. Dies gilt für jede geleistete Zusatzstunde, da für sie nach einem Urteil des BAG vom 21. 04. 1999 die Nr. 3 der SR 2 II BAT nicht gilt (s. auch Nr. 14 der KMBek vom 10. 8. 2000). <

Weihnachtsgeldkürzung für Beamte:

Heesen: Protestaktion gegen „beispiellose Ungerechtigkeit“

Der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen hat am 20. November 2005 am Rande einer Bundesvorstandssitzung des dbb beamtenbund und tarifunion in Bad Neuenahr mit Empörung auf Presseberichte über Details aus der Sparliste der neuen Bundesregierung zum öffentlichen Dienst reagiert und eine große bundesweite Protestaktion angekündigt. Heesen: „Ein klassischer Fehlstart. Wenn die Koalition an diesen massiven Kürzungen festhält, wird sie als eine der ungerechtesten in die Geschichte der Republik eingehen.“

Die schwarz-rote Koalition plant laut Medienberichten eine Halbierung des Weihnachtsgeldes für Beamte und Versorgungsempfänger des Bundes ab 2006 sowie die gleichzeitige komplette Streichung des Weihnachts- und Entlassungsgeldes für Wehr- und Zivildienstleistende. Außerdem soll die Wochenarbeitszeit für Bundesbeamten auf 41 Stunden erhöht werden. Heesen: „Es wäre wirklich beispiellos, wenn die Beamten jetzt so offensichtlich doppelt zur Kasse gebeten würden. Als Steuerzahler sind sie ja bereits an allen Einsparungen im Steuerrecht, von der Pendlerpauschale, über die Absetzbarkeit des Arbeitszimmers, bis hin zur Mehrwertsteuererhöhung betroffen. Darüber hin-

aus sollen sie jetzt angeblich nicht nur Nullrunden hinnehmen, sondern reale Einkommensverluste plus Arbeitszeitverlängerung. Das wäre wirklich bodenlos und würde sicher Folgen für die Arbeitsmoral und Arbeitsleistung haben.“ Zudem wären die Kürzungen in ihrer Wirkung völlig unsozial, da eine Halbierung des Weihnachtsgeldes für Minister und Staatssekretäre vielleicht hinnehmbar sei. Für Beschäftigte mit 1600 oder 1800 Euro brutto, hätte der Wegfall des Weihnachtsgeldes aber eine viel drastischere Wirkung. Der dbb Bundesvorsitzende kündigte daher eine große Protestaktion der Kolleginnen und Kollegen in den Dienststellen an: „Frau Merkel wird von uns hören. Über eine Million Blaue Briefe werden ab Dienstag im Kanzleramt eintreffen. Die Beamtinnen und Beamten sind keine wehrlosen Untergebenen, sondern Steuerzahler und Bürger, die ihren Protest artikulieren, bis hin zum Wahlverhalten.“ <

Symposium: Verzahnung von Schule und Hochschule:

Arbeiten Schule und Hochschule zusammen?

HEIKO POHLMANN

„42 Prozent der Studienanfänger an den Fachhochschulen und Hochschulen sind über den beruflichen Bildungsweg gekommen“, so hat es der bayerische Staatsminister für Unterricht und Kultus, Siegfried Schneider, in einer Presserklärung seines Hauses im Sommer 2005 veröffentlicht. Dafür ist ihm zu danken, denn mit dieser Aussage wird deutlich, dass der berufliche Bildungsweg keine Sackgasse darstellt und es auch hier viele Möglichkeiten gibt, ein Studium zu beginnen.

Interessant wäre es, einmal zu untersuchen, wie viele der Studierenden, die über den beruflichen Bildungsweg gekommen sind, ihr Studium erfolgreich abschließen, natürlich auch im Vergleich zu denen, die ihre Hochschulzugangsberechtigung auf dem allgemein bildenden Weg erreicht haben.

In Bayern bietet das berufliche Schulwesen viele Möglichkeiten, die Fachhochschul- oder Hochschulzugangsberechtigung zu erlangen. Nach dem Erziehungs- und Unterrichtsgesetz (BayEUG) kann die allgemeine Hochschulreife und die fachgebundene Hochschulreife bekanntlich über die Berufsoberschule oder im Schulversuch FOS 13 erlangt werden. Die Fachhochschulreife kann man an der Fachoberschule, mit einer Ergänzungsprüfung an der Fachschule (z. B. Meister- oder Technikerschule) oder der Fachakademie erwerben.

Daher ist die Thematik, die auf dem Symposium beleuchtet wurde, auch für die Schulen des beruflichen Bildungsweges interessant, wenn es darum geht, den Übergang von der Schule zur Hochschule zu verbessern. Leider kümmert man sich darum zu wenig, diese Schnittstelle zu verbessern und im technischen Sinn eine institutionalisierte Leitung zwischen Schule und Hochschule zu schaffen.

Symposium des dbb

Mit dem Thema „Verzahnung von Schule und Hochschule“ befasste sich ein Symposium des dbb beamtenbund und tarifunion im dbb forum in Berlin. In Anwesenheit vieler bayerischer Kolleginnen und Kollegen gaben die Äußerungen der Referenten und Teilnehmer doch deutlich zu erkennen, dass die Schüler beim Übergang von der Hochschulzugangsberechtigung zum Hochschulstudium relativ allein gelassen sind. Es gibt keine institutionalisierte Kommission oder Arbeitsgruppe, die sich mit dieser Verzahnung beschäftigt.

Diese Misere wurde auch durch die Referate deutlich, da ein Vertreter der Schule seine Aussagen denen eines Vertreters der Hochschule gegenüber stellte. Die an sich notwendigen Verbindungen zwischen beiden Institutionen wurden nur am Rande angedeutet. Da gibt es auf der einen Seite ein Kultusministerium, das in der Presse auch oft zu Recht „Schulministerium“ genannt wird, und auf der anderen Seite das Wissenschaftsministerium, das für die Universitäten zuständig ist. Beide Ministerien werden aber in der Regel getrennt geführt.

Qualitätssicherung an Schulen

Mit der Qualitätssicherung an der Schule befasste sich der Abteilungsleiter der allgemein bildenden Schulen im hessischen Kultusministerium, Ministerialdirigent Martin Günther. Er stellte dazu fest, dass der gegenwärtige gesellschaftliche und wirtschaftliche Wandel eine hohe Anpassungsfähigkeit der Schulen erfordere und die abnehmende Wirtschaft auch von Hochschulabsolventen Schlüsselqualifikationen verlange. Um diese zu erreichen, müsse zunächst das Elternhaus und dann die Schule diese fördern. Der KMK-Beschluss sieht dazu entsprechende Handlungsfelder vor,

zu denen die Verbesserung der Unterrichtsqualität und die Einhaltung der Bildungsstandards für den mittleren Schulabschluss gehören.

Im Rahmen der Schulentwicklung soll über die Personal-, Organisations- und Unterrichtsentwicklung die Eigenverantwortung der Schule gestärkt werden. Ab 2006 tragen in Hessen die Schulen die Verantwortung für das Fortbildungs- und Vertretungsstundenbudget selbst, ab 2008 budgetiert jede Schule selbst. Es sollen ab dem Zeitpunkt sogar die Lehrpläne durch fächerspezifische Curricula abgelöst werden, mit dem Ziel, die Schüler nach 12 Jahren Schule in der Oberstufe besser auf das Studium vorzubereiten. Die dazu bestehenden Kooperationsmodelle zwischen Schule und Hochschule sollen ausgebaut werden.

Qualität der studentischen Betreuung an der Hochschule

Der erste Vizepräsident des Deutschen Hochschulverbandes, Prof. Dr. Gunnar Berg, von der Universität Halle stellte als Physiker eine interessante mathematische Formel in den Vordergrund. Beim genaueren Hinsehen leuchtet diese sofort ein, zumal gut zu erkennen ist, wie die Qualität der gesamten Hochschulbildung von der jedes einzelnen Beteiligten abhängt:

$$Q (\text{Studium}) = Q (\text{Forschung}) \times Q (\text{Lehre}) \times Q (\text{Studenten}) \times Q (\text{Rahmenbedingungen})$$

Q = Qualität

Diese Formel lässt eines deutlich erkennen: Das gesamte Produkt ergibt Null, wenn einer der Faktoren Null ist. Damit bestimmt der schlechteste Teil des Produktes maßgeblich das Gesamtprodukt.

Die Forschung ist dann z.B. gut, wenn viel veröffentlicht wird, die Lehre, wenn die Darstellung moderner Erkenntnisse klar und verständlich unter Wahrung des fachlichen Niveaus zum selbstständigen Arbeiten anregt. Die Studenten sind dann gut, wenn sie die Fähigkeit zum Studieren besitzen.



MD Martin Günther, Kultusministerium Hessen.



Prof. Dr. Gunnar Berg, Vizepräsident des Deutschen Hochschulverbandes.



Barbara Loos, Vorsitzende der Direktorenkonferenz.

Dass viele Studenten diese geforderte Studierfähigkeit nicht besitzen, beklagte Prof. Berg zutiefst. Es fehle ihnen oft die Fähigkeit, Texte zu verstehen, sich mündlich und schriftlich korrekt auszudrücken, auch mangle es an der Sprechfertigkeit in den Fremdsprachen, der Beherrschung der Grundkenntnisse der Naturwissenschaften und der allgemeinen Bildung.

Die Hochschulen stellen allgemein fest, dass bei den Studierenden oft zu viel unwichtiges Detailwissen vorhanden ist, Zusammenhänge und Systeme nicht erkannt und verstanden werden und die Förderung der Studierfähigkeit in den Schulen vernachlässigt wird. Diese Erkenntnis führt bei vielen Universitäten dazu, Aufnahmeprüfungen durchzuführen mit dem Ziel, die Qualität des Studiums insgesamt zu verbessern.

Um die Kooperation und damit die Verzahnung zwischen den Schulen und den Hochschulen zu verbessern, stellte Prof. Berg folgende Aktivitäten vor, die aber unterschiedlich gehandhabt werden und nicht institutionalisiert sind:

- Wissenschaftler gehen zu Spezialveranstaltungen an die Schulen;
- Schüler besuchen Fachbereiche der Universitäten;
- Schüler bearbeiten Projekte in Zusammenarbeit mit einer Universität;
- Lehrer werden zum Gedankenaustausch eingeladen;
- Wissenschaftler bieten spezielle Vorlesungen für Schüler an (Sams-tags-Vorlesungen für Schüler);

- Fachbereiche der Universitäten leisten den Schulen materielle Unterstützung.

Mit Ausblick auf das Jahr 2012 hat der Deutsche Hochschulverband festgestellt: „Während jetzt 2,0 Millionen Studierende eingeschrieben sind, rechnet man damit, dass dann 2,7 Millionen an den Hochschulen studieren. Um die Qualität der Ausbildung zu sichern, ist das nur über einen Numerus clausus möglich“, so Prof. Berg und weiter, das Bachelor-Studium wird als „Durchlauferhitzer“ angesehen, damit im Masterstudium dann eine „Bestenauslese“ stattfinden könne.

Während im Jahr 1995 ein Professor noch 53 Studierende zu betreuen hatte, waren das im Jahr 2003 schon 62 Studierende und das Verhältnis wird sich bei der zu erwartenden großen Zahl der Studierenden nach den Prognosen des Verbandes noch weiter verschlechtern.

Umsetzungsbeispiele

Unter dem hochtrabenden Titel „Institutionelle Kommunikation und Förderungsmechanismen zwischen Schule, Berufsschule und Hochschule“ stellten die Vorsitzende der Bundesdirektorenkonferenz, Barbara Loos, der Bundesvorsitzende des Verbandes der Lehrer an Wirtschaftsschulen (VLW), Dr. Wolfgang Kehl, und Prof. Reinhold Decker von der Universität Bielefeld in Kurzvorträgen ihre Modelle zur Umsetzung vor.

Während Barbara Loos auf ihren Beitrag in der Broschüre des Baye-



Dr. Wolfgang Kehl, Bundesvorsitzender des vlw.

rischen Kultusministeriums „Effiziente Partner – Schule : Universität“ verwies, konnte Dr. Kehl die Zuhörer damit in Erstaunen versetzen, dass es an seiner Schule 6 verschiedene Möglichkeiten und Wege gibt, die Fach- und Hochschulreife zu erwerben. Hier zeigte sich wieder einmal, dass das berufliche Schulsystem bei den Professoren und Lehrern der allgemein bildenden Schulen kaum bekannt ist.

Beeindruckend war der von Prof. Decker vorgestellte Modellversuch, der in Zusammenarbeit mit der Robert-Bosch-Stiftung seit einem Jahr durchgeführt wird. In der freien Zeit werden in einer Jahresauftaktveranstaltung Vorlesungen für die Schüler gehalten, die Universitätsbibliothek besucht und eine einwöchige „Somerschule“ gemeinsam durchgeführt. Zusätzlich besuchen die Hochschullehrer die Schulen mit dem Ziel, die „richtigen“ Studenten für das BWL-Studium zu gewinnen.



Prof. Dr. Kurt Czerwenka (VBE) bei seiner interessanten Stellungnahme.



Prof. Dr. Reinhold Decker, Universität Bielefeld.



Die Teilnehmer der Podiumsdiskussion: von rechts Prof. Dr. Elke Platz-Waury (FH Heilbronn), Berthold Gehlert (Bundesvorsitzender des Bundesverbandes der Lehrer an beruflichen Schulen), Peter Meidinger (Bundesvorsitzender des Deutschen Philologenverbandes), Moderator Prof. Dr. George Turner (Wissenschaftssenator a.D., Berlin), Dorlies Last (RCDS-Bundesvorstand), Jan Stefan Hambura (Landesschülervertretung Berlin).

Festgestellt wurde auch,

- dass das Interesse der Mitarbeiter der Hochschulen an der Kooperation mit den Schulen dann sehr groß ist, wenn der Bedarf an den Universitäten sehr groß ist, Studierende zu bekommen und
- dass das Interesse der Mitarbeiter z.B. in den Geisteswissenschaften klein ist, wenn kein Bedarf an Studierenden besteht.

Podiumsdiskussion zwischen Fachleuten

Unter der Moderation des ehemaligen Wissenschaftssenators von Berlin, Prof. Dr. George Turner, konnten neben zwei Schülern und Studentenvertretern Berthold Gehlert (Bundesvorsitzender des Bundesverbandes an beruflichen Schulen), Hans-Peter Meidinger (Vorsitzender des Deutschen

Philologenverbandes) und Prof. Dr. Elke Platz-Waury von der Fachhochschule Heilbronn ihre Statements abgeben und auf Fragen antworten.

Berthold Gehlert stellte deutlich heraus, dass nach der letzten bekannten Statistik der Bundesrepublik aus dem Jahre 2001 immerhin 37% der Studierenden an den Hochschulen über den beruflichen Bildungsweg gekommen und diese Wege sehr vielfältig seien. Insbesondere wies er auf die Doppelqualifikationen hin, denen eine besondere Bedeutung zukäme. Wichtig sei es aber auch, nach Europa zu blicken und im Rahmen des europäischen Qualifikationsrahmens (EQF) das Europäische Leistungspunktesystem (ECVET) im Auge zu behalten. Da sei es besonders wichtig, dass die beruflichen Standards auch auf die Studienleistungen angeordnet werden. Diese Bewertung von

Qualifikationen dient besonders dem Zweck, die Transparenz der Bildungsqualifikationen europaweit zu erhöhen sowie die Durchlässigkeit in Europa wie auch innerhalb der nationalen Systeme zu verbessern. Das, was man in der beruflichen Erstausbildung lernt, sollte mehr, so Gehlert weiter, in die Überlegungen zum Hochschuleingang einbezogen werden.

Eine interessante Aussage von Hans-Peter Meidinger lässt die Entscheidung der Abiturienten über die Berufswahl und damit das Studium deutlich werden. „Jeder denkt nur an den Abschluss, an das Abitur, und dann nicht weiter. Schüler blenden ihre Berufswünsche sehr weit aus und denken nicht daran, dass es nach der Schule weiter geht.“

Hier könnte eine sinnvolle Berufsberatung schon früh in der Schulzeit beginnend das Problem sicher schnell lösen, um auch über Eignung und Neigung zu einem Beruf die richtige Wahl überlegt und begründet treffen zu können.

Lehrernachwuchsgewinnung in Bayern

Gegenwärtig zeigt sich deutlich, dass der Lehrernachwuchs in Bayern auf Jahre hinaus nicht die durch Pensionierungen frei werdenden Stellen ersetzen kann. Die geringe Zahl der Studierenden insbesondere in den beruflichen Fachrichtungen Elektro- und Metalltechnik deuten darauf hin, dass der Bedarf nicht gedeckt werden kann. Hier könnte eine bessere Verzahnung – wie das in dem oben dar-

gestellten Modellversuch in Bielefeld geschieht – zwischen den Berufsober- schulen und den Gymnasien und den Universitäten vielleicht dazu beitra- gen, die Misere abzubauen. Briefe an die BOS-Schüler und teilweise nicht korrekte Studienberatungen sind sicher kein probates Mittel. Die an allen Schulen vorhandenen Beratungslehr- er müssten sich dieser Sache ebenso annehmen wie die Universitäten. Di- ese Zusammenarbeit müsste zudem institutionalisiert werden, damit ge- meinsame Mittel und Wege gefunden werden, um die Zahl der Studieren- den für das Lehramt an beruflichen Schulen zu erhöhen.

Auf ein Problem an der Technischen Universität München wies der Vorsit- zende der Expertenkommission Schu- le, Bildung und Wissenschaft des dbb, Dr. Ludwig Eckinger, hin. Es seien an der TUM immerhin viele Stellen für die Ausbildung in den Lehrämtern für die beruflichen Schulen und die Gym- nasien vorgesehen. Diese wären aber in der Vergangenheit anders verge- ben worden, so Eckinger weiter. Alle neu zu besetzenden Stellen für Lehr- erbildung – so war weiter zu erfah- ren – werden in Zukunft über das Zentralinstitut für Lehrerbildung und Lehrerfortbildung (ZLL) eingestellt. Damit kann sich sicher vieles in der Lehrerbildung verbessern, was bisher wegen Personalmangels vernachlässigt werden musste.

Zusammenfassung

Es wurde bei dem Symposium deut- lich, dass die Verzahnung zwischen den Schulen und den Hochschulen er- heblich verbessert werden muss. Ein- ige wenige Beispiele gelungener Pro- jekte wird es sicher geben, institutio- nalisiert werden müsste aber die Be- rufsberatung, die Beratung der Schü- ler insgesamt. Hier bietet sich sicher das finnische Modell an, nach dem die Schüler vom Kindergarten bis zum Ende ihrer Ausbildung laufend berate- ten werden.

Viel wichtiger ist es aber, das in Deutschland übliche „zertifikatsori- entierte“ Denken in der Bildung auf- zugeben, das immer nur auf den Ab- schluss ausgerichtet ist. Vielmehr

„sollte Schule nicht an den Lehrbü- chern festgemacht werden, sondern an dem, was im täglichen Leben pas- siert“, so Prof. Dr. Kurt Czerwenka vom Verband Bildung und Erziehung (VBE) in einer der abschließenden Statements aus der Gruppe der Teil- nehmer.

Die beruflichen Schulen sind hier sicher auf dem richtigen Weg, wenn sie über die Arbeit mit und in den Lern- feldern die berufliche Handlungskom- petenz ihrer Schüler fördern, so wie

sie die KMK in den Handreichungen zu den Lehrplänen definiert hat. Die- se müsste dann an den Hochschulen weiter entwickelt werden. Der sich da- mit ergebende Kreisprozess aus Schu- le, Betrieb und Hochschule sollte sich im gegenseitigen Austausch und Ab- gleich so weiter entwickeln, dass dar- aus ein Regelkreis wird, in dem alle Elemente sich gegenseitig beeinflus- sen. Wahrscheinlich würde die Ver- zahnung noch besser funktionieren, wenn sie institutionalisiert würde. <

Bayern unterstützt chinesische Lehrkräfte:

Lehrerfortbildung in China

DIETMAR LEISCHNER

Um das Bildungswesen in China zu reformieren und zu verbessern sowie besonders in der Berufsbildung er- folgreich zu werden, sind in den letz- ten zehn Jahren enorme Anstrengun- gen unternommen worden. So hat die Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte an beruflichen Schulen in China Pri- orität. Bei ca. 480000 Lehrkräften an beruflichen Schulen bedeutet das eine ungeheure Herausforderung!

Die Hanns-Seidel-Stiftung hat 1980 die bilaterale Zusammenarbeit mit der VR China aufgenommen, um die Reformbemühungen der chinesischen Regierung unter anderem auf dem Gebiet der beruflichen Bildung zu un- terstützen.

Hierbei zielen die Beratungslei- stungen der Hanns-Seidel-Stiftung auf eine Verbesserung der beruflichen Qualifikation, Entwicklung einer du- alen Berufsbildung sowie Verbreitung und Transfer der notwendigen Kennt- nisse und Fähigkeiten. Im Einzelnen handelt es sich um folgende Maßnah- men:

- Facharbeiteraus- und handlungsorientierte Ausbil- dung)
- Fortbildungskurse z. B. für Kfz, CNC, CAD
- Meisterausbildung

- Fortbildung von Lehrern und Aus- bildern (fachlich z. B. für Metall, Elektrotechnik, Bau, Holz, Kfz, Landwirtschaft, Verwaltung, Textil u. a.)
- Beratung und Bildungstransfer in strukturschwache Regionen West- Chinas
- Fortbildung der Lehrkräfte (Päd- agogik, Methodik und Didaktik, Schulmanagement)

Als ein Beispiel für ein erfolgreiches Projekt im Rahmen einer qualifizierten Lehrerfortbildung dient das „Berufs- pädagogische Fortbildungszentrum Qingzhou“, Provinz Shandong. Ge- gründet 1998 in enger Kooperation mit dem Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus und der Bay- erischen Staatskanzlei erbrachte die Hanns-Seidel-Stiftung unter fachlicher Einbindung der Akademie für Lehrer- fortbildung und Personalführung Dil- lingen vielfältige Beratungsleistun- gen. Diese hatten zum Ziel, die Quali- fikationen von Berufsschullehrern und Schulleitern beruflicher Schulen in der Provinz Shandong nachhaltig zu ver- bessern. Mittlerweile ist dieses Zen- trum so erfolgreich, dass es bereits 2001 vom Bildungsministerium der VR Chi- na in Peking zu einer von insgesamt 52 Nationalen Lehrerfortbildungsakade- mien ernannt wurde.

Zurzeit finden im Berufspädagogischen Fortbildungszentrum Qingzhou jährlich über 50 Lehrgänge statt, die vom Projektleiter Albrecht Flor (Berufsbildungszentrum Weifang), geplant und organisiert werden. Auswahl und Inhalte der Kurse richten sich nach den Anforderungen der Betriebe (Qualifikation der Mitarbeiter) und den beruflichen Schulen (Fortbildung in Fachtheorie und -praxis sowie in Didaktik und Methodik). Die Kurse dauern in der Regel ein bis drei Wochen.

Im Folgenden wird das Beispiel für ein Lehrerfortbildungs-Projekt aus dem Bereich der Didaktik und Methodik dargestellt.

Die Teilnehmer

Es handelt sich um eine inhomogene Lehrergruppe. 16 männliche und weibliche Lehrkräfte aus beruflichen Schulen unterrichten unterschiedliche Fächer in Theorie und Praxis, haben unterschiedliche Ausbildungsrichtungen, Erfahrungen und pädagogische Ausbildungen. Große Unterschiede bestehen auch in der jeweiligen Tätigkeit (Lehrer, Fachbetreuer, Schulleiter), im Alter sowie von der regionalen Herkunft; z.B. reiste ein Lehrer zu dieser Fortbildung ca. 2800 km mit der Bahn an. Die Lehrkräfte unterrichten zwischen 7 und 14 Stunden pro Woche; in der Schule besteht 35 Stunden Anwesenheitspflicht mit vielen Aufgaben im Rahmen der Dienstpflichten.

Die Schulsituation

Alle Teilnehmer unterrichten an Berufsmittelschulen (BMS und BMSO) – berufliche Vollzeitschulen, die mit unseren Berufsfachschulen vergleichbar sind. Die Schüler absolvieren eine 6-jährige Grundschule, durchlaufen eine 3-jährige Mittelschule oder Berufsmittelschule (Unterstufe), bevor sie mit 15 Jahren in die Berufsmittelschule/Oberstufe übertreten. Der Besuch der BMSO wird durch ein Aufnahmeverfahren geregelt und die Schüler zahlen pro Schuljahr eine Schulgebühr von 200 bis 300 Euro, je nach Einkommen/Lebensstandard der Eltern, so dass für eine 3- bis 4-jährige Berufsausbildung bis

Bearbeiten von Texten und Fragen für ein Projekt nach der „Leittext-Methode“.



zu 10000 CNY = ca. 1000 Euro bezahlt werden müssen. Chinesische Familien sparen jahrelang darauf, um ihren Kindern eine qualifizierte, zukunftsorientierte Berufsausbildung ermöglichen zu können. 1000 Euro entsprechen etwa dem Jahreseinkommen eines Industriearbeiters.

Durch Reformbemühungen in den letzten Jahren wurden Schulgebäude errichtet, Schulwerkstätten geschaffen bzw. neu ausgestattet sowie der Kontakt zu den Betrieben hergestellt und vertieft. Eine Klassenstärke von ca. 70 Schülern ist keine Seltenheit. Staat und Gesellschaft erkennen die Notwendigkeit für eine qualifizierte Berufsausbildung in allen Branchen.

Ziel und Durchführung des Projekts

Das Fortbildungsprojekt „Vorbereitung und didaktischer Aufbau von Unterrichtseinheiten“ mit Unterrichtspraxis für Berufsschullehrer wurde in zwei Phasen zu je zwei Wochen durchgeführt. Die Inhalte wurden im Rahmen der Vorgaben in 10 Bausteine (Module) gegliedert. Für jedes Modul waren die Inhalte fachsystematisch aufgebaut, jeweils mit praxisbezogenen Unterrichtssituationen verknüpft und anhand von didaktisch-methodischen Unterrichts-Beispielen vertieft worden. Kleine Tests und pädagogische Tipps für Problemsituationen lockerten den Unterricht auf. Besonderes Augenmerk wurde auf die Anwendung der neuen, den Teilnehmern zum größten Teil unbekannt, Unterrichtsmethoden und -techniken gerichtet.

Mit einer freundlichen Begrüßung „ni hou“ begann der täglich 6-stündige Unterricht, der von den sehr interessierten und lerneifrigen Kursteil-

nehmern aktiv mitgestaltet wurde. Am Schluss jeder Lerneinheit folgte auf Wunsch der Kursteilnehmer immer eine „Fragestunde“, um zahlreiche Fragen zu beantworten. Mit Hilfe des Dolmetschers entstanden lebhafte Diskussionen über pädagogische und didaktische Grundsätze. Für die handlungsorientierte Unterrichtsmethode wurden zum Kennenlernen und Üben unterschiedlich strukturierte Arbeitsblätter verwendet.

In systematisch aufgebauten Arbeitsschritten entwickelten sich – je nach Thema und Fachbereich der Teilnehmer – differenzierte Unterrichtskonzepte, so dass Methoden-Vielfalt durch Einsatz entsprechender Lehr- und Lernmittel, Unterrichtstechniken und -methoden entstand. Nach individueller Erarbeitung der einzelnen Unterrichtseinheiten mussten die Teilnehmer ihren Unterricht mit Schülern durchführen. Dabei fiel es einigen Lehrkräften schwer, von der jahrelangen Praxis des Dozierens und des Frontalunterrichts zu Methoden mit großer Selbstständigkeit und -tätigkeit der Schüler zu wechseln.

Im Anschluss an den jeweiligen Unterricht haben die Kursteilnehmer nach erarbeiteten Kriterien den fachlichen Inhalt, Didaktik und Methodik sowie die Lehrerpersönlichkeit besprochen und anhand von Formularen eine Beurteilung erstellt.

Der Fortbildungslehrgang schloss mit einer Gesamtzusammenfassung und einer Prüfungsarbeit; die Leistungsergebnisse wurden im Teilnehmer-Zertifikat bestätigt. Mit großer Zufriedenheit über den Fortbildungslehrgang und vielen neuen Aspekten zur Unterrichtsvorbereitung und -gestaltung traten die Teilnehmer ihre Heimreise an.

Nicht nur für den Sozialkundeunterricht:

Projekttag soziale Sicherheit

JOSEF KRAFT

Im Vergleich mit den Erstfächern kommen an Berufsschulen die Zweifächer oftmals ins Hintertreffen. Zum einen liegt es sicher an der Dominanz der beruflichen Fachrichtung, zum anderen aber auch an der Geringschätzung vieler Sozialkundethemen durch die Auszubildenden.

Diesem negativen Trend entgegenzusteuern war das Hauptanliegen der Beteiligten bei der Planung eines Projekttages mit dem Thema soziale Sicherheit. In Verbindung mit der Gewerkschaft IG Bau und Verdi fand an

der Berufsschule III in Kempten im Allgäu ein Informations- und Unterrichtstag mit 8 verschiedenen Einrichtungen aus dem weiteren Umfeld der sozialen Absicherung statt. Ausgangspunkt war für die Organisatoren die Frage, mit welchen Institutionen aus dem sozialen Umfeld wird der zukünftige Facharbeiter jetzt schon, oder in einigen Monaten evtl. in Kontakt treten wollen oder müssen?

Bei Umfragen in den vorgesehenen Klassen kristallisierten sich schnell die einzuladenden Organisationen mit den gewünschten Themen heraus: Schuldnerberatung, Polizei zum The-

menkomplex Verkehrsrecht, Arbeitagentur mit dem Schwerpunkt: was folgt nach der Ausbildung, Berufsgenossenschaft zum Thema Arbeitssicherheit, Suchtberatung der Caritas, Jugendvertretung der Gewerkschaft IG Bau zum Tarifrecht, sowie ein Vertreter der Staatsanwaltschaft über Jugend bzw. Erwachsenenstrafrecht. Bei allen angefragten Themenkomplexen konnten für den Tag der Durchführung kompetente Ansprechpartner gefunden werden.

Nachdem die Rahmenbedingungen (kleine Messestände verteilt im Schulgebäude, beteiligten Klassen, Fragebogen mit Themen zu den einzelnen Organisationen und Vorbereitungen der betroffenen Lehrkräfte) geklärt waren, konnte der Projekttag starten.

Sämtliche beteiligte Organisationen waren mit Plakaten, Modellen und Informationsmaterial bestens ausgerüstet erschienen.

Die Klassen erhielten die Fragebögen und konnten sich in Gruppen an den einzelnen Ständen über die relevanten Themen informieren und kamen somit recht schnell mit den Referenten ins Gespräch. Pro Klasse waren für diesen Tag zwei Stunden veranschlagt. Die Fragebögen wurden in den folgenden Sozialkurstunden von den Lehrkräften ergänzt und ausgewertet. Als Anreiz für den Rundlauf spendierte die Gewerkschaft für eine Verlosung unter allen teilnehmenden Schülern wertvolle Preise.

Bei der abschließenden Beurteilung durch Lehrer, Schüler und beteiligten Organisationen fiel das Urteil zu diesem Tag sehr positiv aus. Den Schülern war die Zeit zu kurz, sie suchten mit den Referenten in den Pausen zusätzlich noch das persönliche Gespräch, die Lehrkräfte nutzten den Projekttag teilweise zur persönlichen Fortbildung und die Referenten genossen die entspannte Atmosphäre, in der sie den Schülern ihre Themen nahe bringen konnten.

Ich kann anderen Schulen nur empfehlen sich für das Fach Sozialkunde zu engagieren und sich an einen solchen Projekttag heranzuwagen. Es lohnt sich! <

FOS/BOS



Stabwechsel in schwieriger Situation

Wie in der Oktober-Ausgabe der VLB-akzente zu lesen war, hat Hans-Jörg Bosch die Aufgabe des Ministerialbeauftragten für FOS/BOS in Nordbayern übertragen bekommen. Dieser Wechsel

machte es nun für den VLB notwendig einen Nachfolger für den Referenten FOS/BOS im VLB zu finden.

Mit dem Hofer Hans Dietrich, ein in der Szene nicht Unbekannter, konnte der Verband einen engagierten Nachfolger für Bosch finden. Dietrich wurde dann in der letzten Hauptvorstandssitzung als dem Entscheidungsgremium zwischen den Vertreterversammlungen von den HV-Mitgliedern einstimmig zum neuen Referenten für FOS/BOS gewählt. Blickt man kurz auf die Vita Dietrichs, wird man feststellen, dass seine Berufslaufbahn immer eng mit der FOS/BOS verbunden ist. Bereits sein erster Berufseinsatz führte ihn an die BOS, um dann über den Umweg ISB München und Dresden zunächst an die FOS und später an die BOS in Hof zu kommen, deren Schulleiter er heute ist. VLB-Landesvorsitzender Hans Käfler brachte einer Freude Ausdruck, dass sich Hans Dietrich bereit erklärt hat auf der Baustelle FOS/BOS kräftig mitzuhelfen, damit letztlich ein gelungenes Bauwerk entsteht, in dem sich alle Beteiligten wohlfühlen. Gleichzeitig bedankte er sich bei Hans-Jörg Bosch für seine langjährige engagierte Arbeit im VLB und wünschte ihm bei seiner neuen Aufgabe ein gutes Gelingen ohne dabei seine Wurzeln zu vergessen. rf

BDA würdigt hohe Qualität des Unterrichts:

Deutscher Arbeitgeberpreis für Bildung 2005 an die Berufsschule Vilshofen verliehen

Deutschland braucht ein leistungsfähiges Bildungssystem. Das kann nur mit guten Lehrern und Ausbildern erreicht werden: Sie sind die Führungskräfte für Schüler, Studierende und Auszubildende und nehmen damit eine Schlüsselrolle in unserem Bildungssystem ein. Der diesjährige Deutsche Arbeitgeberpreis für Bildung stellt Lehrer und Ausbilder deshalb in den Mittelpunkt.

Ausgezeichnet wurden in den Kategorien Schule, Hochschule, Berufsschule und Betrieb solche Initiativen und Konzepte, die sich für eine besonders gute Personalentwicklung und Weiterqualifizierung der Lehrkräfte einsetzen. Wesentliche Kriterien für die Jury waren die Kontinuität und Nachhaltigkeit der durchgeführten Maßnahmen. Zudem spielte die Übertragbarkeit der Konzepte auf andere Bildungseinrichtungen und Betriebe eine herausragende Rolle.

Die Preisträger sind

- in der Kategorie Schule die Grundschule am Theodor-Heuss-Platz, München
- in der Kategorie Hochschule die Fachhochschule Bielefeld
- in der Kategorie Berufsschule die Staatliche Berufsschule Vilshofen
- in der Kategorie Betrieb die Deutsche Telekom AG, Bonn

Preisträger Kategorie Berufsschule

An der Staatlichen Berufsschule Vilshofen werden rund 1.800 Schüler mit dem nötigen Rüstzeug für die berufliche Praxis versehen. Um den Schülern eine optimale Betreuung zu bieten, haben sich Schulleitung und Lehrer gemeinsam das Ziel gesetzt, den Unterricht ständig weiterzuentwi-



Schulleiter Klaus Müller (links) freut sich über den mit 10.000 Euro dotierten Arbeitgeberpreis, der ihm vom Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bahn AG, Hartmut Mehdorn (Mitte), überreicht wird. Mit der Urkunde Hans Christian Lehner

Foto: Marc Steffen Unger

ckeln und zu verbessern. Dabei greift die Schule auf erprobte und bewährte Qualifizierungsmodelle der Wirtschaft zurück, die für die eigene Situation angepasst werden. In regelmäßigen Mitarbeitergesprächen werden berufliche Anforderungen und Er-

wartungen besprochen sowie Zielvereinbarungen getroffen. Zu den weiteren Bausteinen des Qualifizierungskonzeptes zählen unter anderem auch Anreizinstrumente, mit denen besonders herausragende Leistungen der Lehrer gesondert belohnt werden. <

Der VLB wünscht seinen Mitgliedern, Freunden und Gönnern ein friedvolles Weihnachtsfest und einen geruhsamen Jahreswechsel.

Adware-Anbieter werben aggressiver:

Wie im wilden Westen

JOHANNES MÜNCH

Wenn man im Internet nur ein ungewolltes Link schaltet, würde man beim deutschen Rechtssystem und den Rechtsfolgen nicht vermuten, dass unredliche Unternehmen PCs so manipulieren, dass eine sinnvolle Nutzung nicht mehr möglich ist. Es ist ähnlich wie beim Schnupfen, man kann nur schwer nachvollziehen, wo die Ansteckung erfolgte. Dennoch sind die Folgen für PC und Benutzer katastrophal.

Adware

Bei Adware handelt es sich um kleine Software-Programme in Programmiersprachen wie Javascript oder ActiveX, die in Internet-Seiten eingebettet bis zum Aufruf schlummern. Wird die Internet-Seite aufgerufen, manipulieren die Programme den PC des Besuchers so, dass ab diesem Moment Internet-Seiten von Werbenden ohne Zutun des Benutzers am Bildschirm erscheinen.

Diese Technik ist zwar nichts Neues und wie in VLB-Akzente berichtet, kann man derartigen Manipulationen mit kostenlosen Schutzprogrammen wie Spybot oder Ad-aware begegnen. Doch die Adware-Hersteller haben „dazugelernt“ und sind wesentlich aggressiver.

Sachbeschädigung

Die Adware-Programme der zweiten Generation zeichnen sich vor allem dadurch aus, dass sie wesentlich aggressiver agieren und nur schwerlich oder gar nicht entfernt werden können. Ausgelöst wird die Installation der Adware durch den Besuch einer Internet-Seite, die, wie dargestellt, das Installationskript enthält. Ohne dass der Eigentümer des PC es bemerkt und ohne ein Abfragefenster oder eine Zustimmungserklärung, installiert sich dann das Adware-Programm im Hintergrund. Lediglich in der Statuszeile des Browsers erscheint kurz die

Verlinkung zum Adware-Hersteller, z. B. www.adtech.de und dann ist es bereits zu spät. Sekunden danach beginnt bereits der Terror, indem sich teils sekundlich neue Browserfenster mit Werbung als Popups öffnen, so dass ein ungestörtes Arbeiten mit diesem infizierten PC unmöglich wird. Würde ein PC-Nutzer eine solche Spur der Verwüstung auf einem PC hinterlassen, an dem er gearbeitet hat, wäre der Fall eindeutig Sachbeschädigung. Doch nach dem Prinzip „Wo kein Kläger, da kein Richter“ kommen virtuelle Vandalen mit Domains im Ausland derzeit noch ungeschoren davon.

Infektionsherd

Doch wo fängt man sich so einen Quasi-Erreger ein. Selbstredend ist das Internet-Rotlichtmilieu, wie Böswillige nicht anders vermuten würden, federführend. Auch bei Anbieterseiten von illegal kopierten bzw. geknackten Musik-, Videokopien und Passwörtern für Software, sog. Warez-Communities, würde man diese kriminelle Energie durchaus zutrauen. Doch ein Infektionsrisiko besteht gleichermaßen in manchen der zahlreichen, insbesondere für Jugendliche attraktiven Chatforen, Communities, auf harmlos anmutenden Gewinnspielangeboten, Softwareforen und nicht zuletzt auch auf Seiten von privaten Internet-Anbietern. Folglich besteht für PCs im Schulumfeld ein besonders hohes Infektionsrisiko. Eine Aussage, ob diese Internet-Anbieter die Adware-Programme aus Böswilligkeit bzw. gegen Entgelt eingebunden haben, oder ob die Internet-Seiten gehackt wurden, kann nicht getroffen werden. Es ist jedoch zu vermuten, dass wie bei anderen Werbeaktionen mit Linkschaltungen auch Werbegelder an die Betreiber der Internet-Seiten fließen. Auffällig oft tritt in diesem Zusammenhang die Internet-Adresse www.paypopup.com in Erscheinung. Die Recherche beim Internetbetreiber-

verzeichnis www.internic.com verlief jedoch ohne Ergebnis, da die Daten des Betreibers nicht ohne Grund als locked klassifiziert waren, das heißt sie bleiben dem Geschädigten verborgen.

Auswirkungen

Während bei den Adware-Programmen der ersten Generation der Browser gestartet werden musste, sind die Schädlinge der zweiten Generation genügsamer. Eine aufgebaute Internet-Verbindung alleine genügt schon, um die ungewollte Werbeflut auszulösen. Ursachen hierfür sind zahlreich. Von Manipulationen in der Windows-Registry, über Cookies, bis hin zu unbemerkt auf der Festplatte gespeicherten cab-Installationsdateien, ist die Bandbreite der Manipulationen auf einem befallenen Internet-PC schier unüberschaubar. Neben den Dutzenden von Browserfenstern, die sich in kurzer Zeit öffnen, erschwert eine weitere Novität die Arbeit am PC. Mit sich selbst öffnenden Flash-Programmen werden die Sicherheitseinstellungen der Browser so umgangen, dass sie absolut wirkungslos sind. So blockt die Sperre von Popup-Fenstern zwar einen kleinen Teil der Werbeflut. Gegen Flash-Werbung sind die Gegenmaßnahmen aber bis dato noch völlig wirkungslos. Darüber hinaus werden auch dubiose Desktop-Icons wieder und wieder installiert.

Werbende

Wie bei den Verursachern der Adware-Belästigungen, meint man die Werbenden in den Viagra- und Porno-Anbieterkreisen vermuten zu müssen. Wer aber würde deutschen Vorzeigeunternehmen so etwas unterstellen. Derjenige, der mit Werbefenstern überflutet wird, ist eines Besseren belehrt. Unter klingenden Internet-Domains wie www.shop-savings.com, www.your-deal.com, www.virtual-free.com oder www.virtual-coupon.com (Wichtiger Hinweis: Diese Angebote nicht aufrufen, sie enthalten Schadprogramme) werben neben amerikanische Generikaversendern und schwindsüchtigen Kreditanbietern vor allem auch renommierte deut-

sche Unternehmen, die sich teils lesen wie das Frankfurter Börsen-Who-is-who. Aktuelle Werbetreibende aus dieser Garde, Stand 24. 11. 2005, sind Unternehmen wie die Internet-Commerzbank-Tochter comdirect, Cortal Consors, Otto-Versand, Freenet, Arcor, der neue Discount-Telefonanbieter blau.de, die Partnerforen Be2, und iLOve, Versicherungen wie Impuls, Curatel, RSP Capital Consult, der Reifenhersteller Dunlop und auch der honorige Handynetzbetreiber O². Erfreut im negativen Sinne war man jüngst auch, als im Pro7-TV-Magazin Bizz der Internet-Glücksspielanbieter und Adware-Werber Probino bei einem Bericht über Internet-Abzocke mit ungerechtfertigten Rechnungen und dubiosen Inkassomethoden am Monitor der Opfer zu sehen war. Den Vogel in Sachen Unverfrorenheit schießt jedoch eine Werbung für das Anti-Adware-Programm WinFixer ab, die nicht nur den Werbebehinweis gibt, sondern gleich eine ungewollte Installation aus dem Internet startet. Diese wird bei Abbruch hartnäckig mit zahlreichen, verschachtelten Fenstern wiederholt.

Gegenmaßnahmen

Bei der Suche mit Spybot, Ad-aware und diversen Virenscannern werden die Schadprogramme zwar zahlreich gefunden und erfolgreich entfernt. Sekunden später geht jedoch der Spuk erneut los. Auch das manuelle Suchen von teils schwer erkennbaren Registry-Einträgen und Schaddateien ist erfolgreich. Nach dem Löschen dauert es auch wieder nur kurze Zeit, bis sich die Fenster wie von Geisterhand wieder öffnen. Neben der esoterischen Suche nach zahlreichen Microsoft-Sicherheits-Updates für Windows bleibt dem geplagten PC-Nutzer als einziger Weg das Löschen des alten und die Neuninstallation des Betriebssystems. Als einziger erfolgreicher Schutz vor derartigen Schädlingen bewährten sich bisher Protektorenkarten bzw. -Software wie der HDD-Sheriff und der PC-Wächter, die bei jedem Start die Festplatte in den Urzustand zurückversetzen und die Schadprogramme löschen.

Schaden

Bei einem einzelnen PC mag sich der Schaden noch in Grenzen halten. Auch wenn beim Zeitbedarf eines Studienrats von drei Stunden für die Neuinstallation von Windows mit Programmen rund 300,00 Euro Vollkosten anzusetzen sind, ist eine Verfolgung des Schadens nicht wirtschaftlich. Anders stellt sich die Situation jedoch dar, wenn in einer Schule ein ganzer EDV-Raum oder gar ein ganzes Schulnetz betroffen ist. Hier wäre je nach Ausmaß ein Schaden im fünf- bis sechstelligen Euro-Bereich anzunehmen, für den die zuständigen Schulleiter durchaus die Juristen des Sachaufwandsträgers und die Strafverfolgungsbehörden nicht nur aus pädagogischen und andragogischen Gründen bemühen sollten.

Fortsetzung folgt

Das Beispiel zeigt, dass auch ein Verbands-Webmaster und exponierter Systembetreuer nicht vor solchen Belästigungen auf seinem PC gefeit ist. Auch wenn die Chancen gegen ein derartiges Raubrittertum erfolgreich vorzugehen gering erscheinen, sollte diese Form der Sachbeschädigung nicht hingenommen werden. Beweise sammeln kann der Betroffene auch auf einfache Weise mit Screenshots durch Drücken der Tas-

ten Druck oder Alt+Druck, die dann in eine Word-Datei eingefügt und dort gespeichert werden. Eine gute Adresse für Hilfe in solchen Fällen ist die Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs e. V. Frankfurt/Main (www.wettbewerbszentrale.de). Hier können derartige Werbeauswüchse einer spezialisierten Abteilung Spam-Bekämpfung gemeldet werden. Mit Abmahnungen und weiteren rechtlichen Schritten wird dann in Folge vor allem gegen die Auftraggeber derartiger Werbung vorgegangen, so dass der Sumpf zumindest auf deutschem Hoheitsgebiet teilweise ausgetrocknet werden kann. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit über www.internet.de den Provider derartiger Internet-Angebote auszumachen und den Missbrauch unter abuse per Email zu melden. Auch wenn dieser Weg mühsam ist, bei Erfolg wird dann das jeweilige Internet-Angebot vom Provider abgeschaltet. Als letztes Mittel ist aber auch an eine Strafanzeige wegen Sachbeschädigung gegen den Adware-Hersteller oder eine kostenpflichtige, gegebenenfalls anwaltliche Abmahnung zu denken.

Ein Bericht wie die dargestellten Maßnahmen greifen und mit welchen Erfolgen zu rechnen ist, wird in Kürze in VLB-Akzente erscheinen. <

Landesverband

Fachtagung des kaufmännisch-verwaltenden Bereichs:

Der Lehrer soll beflügeln

MARTIN RUF

Mitten in Bayern, an einer Berufsschule, die ihren Namen einem der bedeutendsten Wirtschaftspolitiker und späteren Bundeskanzler der Bundesrepublik verdankt – der Ludwig-Erhard-Schule in Fürth – fand am 22. Oktober die Fachtagung des kaufmännisch-verwaltenden Bereichs statt. Der Jahreszeit angepasst hatten Schüler der kaufmännischen Berufsschule sowie Schülerinnen der benachbarten Be-

rufsfachschule für Hauswirtschaft für einen Rahmen gesorgt, der die Teilnehmer nichts entbehren ließ: von den bestens vorbereiteten Tagungsräumen über eine geschmackvolle Dekoration bis zu einer über den ganzen Tag hervorragenden Verpflegung fehlte nichts – außer, dass sich die Veranstalter gewünscht hätten, dass noch mehr VLB¹-ler den Weg nach Fürth gefunden und so ihre Solidarität mit ihrem Verband zum Ausdruck gebracht hätten. Vielleicht lag es auch daran, dass

die Hauptveranstaltung bereits um 9.30 Uhr begann. Aber die Fülle der Programmpunkte ließ einen anderen Tagungsbeginn nicht zu, um allen Anforderungen einer Fachtagung gerecht zu werden.

Perspektiven des kaufmännischen Schulwesens

In Zeiten, in denen den beruflichen Schulen in Bayern – aber nicht nur diesen – ein rauer Wind ins Gesicht bläst, sollte es neben der Erweiterung von fachlichen Kompetenzen ein vorrangiges Ziel einer Fachtagung sein, Perspektiven zu entwickeln, wie es um das kaufmännische Schulwesen steht. Dies insbesondere auch vor der zunehmenden Europäisierung im Schulwesen. Wie sich am Ende der Veranstaltung zeigen sollte, konnten die Erwartungen in dieser Hinsicht mehr als erfüllt angesehen werden.

Begrüßung

Traditionell ist es beim VLB üblich, dass der Bezirksvorsitzende des Bezirksverbandes, in dem der Veranstaltungsort liegt, die Gäste willkommen heißt. So war es auch dieses Mal wieder: Der Mittelfranke Horst Lochner brachte seiner Freude Ausdruck, dass neben einer Reihe von geladenen Gästen doch eine Vielzahl VLB-Mitglieder den Weg nach Fürth gefunden haben. Ebenso wie Markus Brand, SPD-Fraktionsvorsitzender im Fürther Stadtrat und in Vertretung des leider verhinderten Oberbürgermeisters Hartmut Träger die Grußworte der Stadt Fürth überbringend, ging Lochner kurz auf die Bedeutung Fürths und auch der Schule ein. Im Besonderen ließ es sich Lochner nicht nehmen, auf den Namensgeber der Schule, Ludwig Erhard, einzugehen. „Ich kenne mittlerweile drei Berufsschulen mit dem Namen von Ludwig-Erhard. Aber hier ist das Original. Nicht weit von hier, hinter dem Rathaus können Sie das Geburtshaus des Vaters unserer Wirtschaftsordnung und des späteren Bundeskanzlers Ludwig Erhard besichtigen. Seine Idee von der Ausgewogenheit zwischen sozialer Verantwortung und der nötigen marktwirtschaftlichen Frei-



1 „Die Jugend hat ein Recht auf eine lohnende Zukunft“ – Mittelfrankens Bezirksvorsitzender Horst Lochner eröffnet die Fachtagung.
2 „Politik muss sich stärker für den Einstieg junger Menschen in das Berufsleben engagieren“ – Markus Brand überbrachte die Grußworte der Stadt Fürth.

3 „Der Staat muss jedem Ausbildungsfähigen ein Bildungsangebot machen“ – Hans-Wilhelm Thomé (Mitte) und Dr. Horst Güttler (links) standen den VLB-lern Rede und Antwort. Rechts der Moderator der Podiumsdiskussion Alexander Liebel.

heit wäre sicher auch bei den anstehenden Koalitionsverhandlungen in Berlin eine lohnende Lektüre.“ Weiter führte Lochner aus: „Diese Fachtagung geht von der Tradition her zurück auf die Zeiten des VDH, der ja in Mittelfranken einen ausgewiesenen Schwerpunkt hatte. Die Notwendigkeit einer gemeinsamen starken Interessensvertretung gegenüber der Politik und der Wirtschaft muss aber auch Raum lassen für fachliche Identifikation. Diese Funktion erfüllt in hohem Maße diese Fachtagung.“ Besondere Hochachtung brachte er allen Kollegen und Kolleginnen entgegen, „die wieder einmal einen Samstag für persönliche Fortbildung, fachliches Arbeiten und gezeigter Solidarität im Verband opfern.“

Stark machte er sich auch dafür, dass „es wichtig und unerlässlich sei, dass wir uns zu Wort melden, dass wir als Solidargemeinschaft Flagge zeigen.“ Einen Seitenhieb auf die Po-

litik konnte sich Lochner ebenfalls nicht entziehen. „Es kann nicht sein, dass man von Seiten der Politik bei internationalen Vergleichen erfreuliche Ergebnisse für sich reklamiert und diejenigen, die täglich im Unterrichtsalldag diese Leistung vorbereiten – nicht selten trotz wenig förderlicher staatlicher Vorgaben – missachtet.“ Ganz Pädagoge machte sich Lochner auch noch für unsere Schüler stark. „Wer die Zahlen über Jugendarbeitslosigkeit und fehlende Lehrstellen verfolgt, darf sich weder von der Wirtschaft noch von der Politik mit halberherzigen Zugeständnissen und einjährigen Warteschleifen abspesen lassen. Die Jugend hat ein Recht auf eine lohnende Zukunft.“

Für viele der Zuhörer interessant war die Aussage des Vertreters der Stadt Fürth, Markus Brand, dass seine Heimatstadt nicht nur Schul- und Bildungsstadt ist und bleiben will, sondern neben Erlangen und Nürn-



- 1 Alexander Liebel (rechts) bedankte sich bei den „guten Geistern“ der Fachtagung – die Klassenvertreter mit ihren Lehrern Peter Raff (2. von links) und Ingrid Köhler (2. von rechts).
- 2 Fachsimeplei am Rande – Peter Allmansberger (links), der neue Leiter der Abteilung

- berufliche Schulen am ISB und Prof. Dr. Detlef Sembill, Wirtschaftspädagogikprofessor in Bamberg.
- 3 Interessierte und aufmerksame Zuhörer während der Podiumsdiskussion.
- 4 Bernhard Zeller (stehend) diskutierte „heiße Eisen“ im Arbeitskreis Wirtschaftsschule.

berg auch noch nach den Weihen einer Universitätsstadt strebt. So betonte Brand, dass Fürth z.B. im Bereich der Solarenergie in Deutschland eine führende Rolle spielt. Zum anderen ist Fürth aber auch eine Stadt der Geschichte, wovon rund 2000 Baudenkmäler Zeitzeugnis ablegen. Unter dem Beifall des Auditoriums forderte Brand zum Schluss seiner Ausführungen ein „verstärktes Engagement der Politik für den Einstieg junger Menschen in das Berufsleben.“

Alexander Liebel, stellvertretender VLB-Landesvorsitzender und Leiter des Fachbereichs Wirtschaft und Verwaltung, war es ein besonderes Anliegen vor allem denen zu danken, die im Hintergrund für den reibungslosen Ablauf des Tages gesorgt haben. Stellvertretend für alle Schüler, die die Vorbereitung der Tagung und insbesondere die Verpflegung der Teilnehmer als Projekte durchführten, überreichte er deren Vertreter einen Um-

schlag, dessen Inhalt die Klassenkasse aufbessern hilft. Ingrid Köhler und Peter Raff, den unterstützenden Lehrkräften, wird das fränkische Gewächs sicher munden – auch ihnen dankte Liebel für ihre engagierte Arbeit, nicht ohne ihnen noch mitzugeben, den beiden Schulleitern Reinhold Weberpals und Wilfried Rost ebenfalls ein herzliches Dankeschön zu überbringen.

„Ich stelle die Behauptung auf, es gibt für die Durchführung unserer diesjährigen Tagung keinen geeigneteren Ort als diesen. Dafür bürgt einerseits der Name des Patrons dieser Schule, aber auch meine zweite Behauptung: Genau diese Schule wurde über viele Jahre erfolgreich geleitet und im besten Sinne des Wortes gestaltet durch unseren Armin Ulbrich, der nun wiederum für wirtschaftliche und pädagogische Kompetenz steht. Es hieße Eulen nach Athen zu tragen, liebe Kolleginnen und Kollegen, in Ihrem Kreis das Engagement

und die Verdienste unseres ehemaligen stellvertretenden Landesvorsitzenden herauszustellen. Wir alle wissen ganz genau, was wir an ihm haben, wir alle wissen ganz genau, wofür er steht und was wir ihm zu verdanken haben. Gerade deshalb ist es mir ein sehr großes persönliches Anliegen, unserem Armin Ulbrich gerade an diesem Tag und an diesem Ort nochmals ausdrücklich von ganzem Herzen Dank zu sagen für sein Wirken in unserem Verband. Er hat sich ja nicht nur innerhalb Bayerns große Verdienste erworben, sondern unsere Interessen auch im VLW mit Nachdruck und Erfolg vertreten.“

„Du bist ja nicht nur Verbandsvertreter mit Leib und Seele, sondern auch ein Mensch, der die Genüsse des Lebens liebt. Nachdem Du dienstlich und privat bereits mehrmals in Südafrika warst, haben wir aus dieser Region etwas für Dich ausgesucht. Lass es Dir schmecken und vergiss bitte nicht, der VLB braucht Dich!“

Mit bewegenden Worten bedankte sich Armin Ulbrich bei „seinen Kaufleuten“, die ihrerseits mit einem langanhaltenden Applaus Ulbrich für seine engagierte Verbandsarbeit dankten.



Peter Bauch referierte im Arbeitskreis Sozialkunde über den Irak-Konflikt als ein Beispiel für aktuellen Sozialkunde-Unterricht.

Festvortrag

„Der Lehrer soll beflügeln“, so leitete der neue Bundesvorsitzende des VLW Dr. Wolfgang Kehl sein Referat ein, um anschließend auf die kommenden Herausforderungen im kaufmännischen Schulwesen einzugehen. Wie in Heft 11/2005 Seite 20 ff ausführlich dargestellt, ist es Dr. Kehl überzeugend gelungen Zukunftsperspektiven des kaufmännischen Schulwesens aufzuzeigen. Bei Interesse kann das Redemanuskript von Dr. Kehl als Powerpoint-Präsentation unter www.vlb-bayern.de abgerufen werden. Nicht nur die Kaufleute im VLB können gespannt auf ein weiteres Zusammentreffen mit dem VLW-Bundesvorsitzenden warten.



„Das berufliche Schulwesen wird sich ändern müssen“ – stellvertretende VLB-Landesvorsitzende Dr. Angelika Rehm im Abschlussplenum.

Podiumsdiskussion

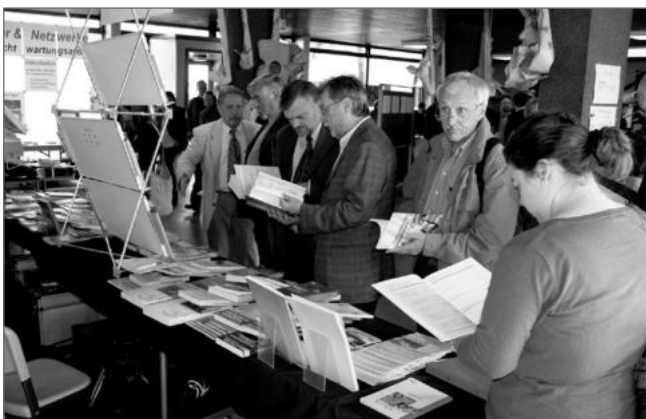
Mit viel Spannung wurde anschließend die Podiumsdiskussion mit den Vertretern des Kultusministeriums erwartet. MDirtg Hans-Wilhelm Thomé und MR Dr. Horst Güttler waren bereit, sich den Fragen der Basis zu stellen. In seinem Eingangsstatement verwies Thomé zwar auf die hoheitliche Aufgabe des Ministeriums, betonte jedoch gleichzeitig, dass sich auf der anderen Seite aber auch ein partnerschaftlicher Umgang mit dem VLB entwickelt hat. Sozusagen als „warming up“ umriss Thomé die aktuellen Brennpunkte in der bayerischen beruflichen Schullandschaft: die aktuelle Lage auf dem Ausbildungsmarkt und die „schwere“ Baustelle Berufsbildungsgesetz (BBiG). Zur Lage auf

dem Ausbildungsmarkt stellte er fest, dass für alle Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz ein entsprechendes Ersatzangebot des Staates erfolgen muss. Dort, wo die Not am größten ist, wurden zusätzliche Schulen und/oder Klassen eingerichtet. So sollte letztlich zum Ende des Jahres hin i. d. R. eine „gute Versorgung“ erreicht werden. Wichtig ist ihm dabei, dass die Jugendlichen nicht das Gefühl haben, nur in einer Warteschleife „geparkt“ zu sein. Vielmehr muss darum gerungen werden, dass die erworbenen Qualifikationen auch anerkannt werden. Bei der Baustelle BBiG verwies Hans-Wilhelm Thomé im Besonderen auf die Kompetenzverlagerungen und damit einhergehend auf die Problematik der Anrechnung von Abschlüssen.

Nach diesem „warming up“ waren natürlich die ersten Fragen aus dem Auditorium in diese Richtung gerichtet, zum Teil recht spezifisch bezogen, so dass eine Abhandlung hier zu weit führen würde. Insgesamt bleibt festzuhalten, dass der VLB „am Ball“ ist und mit der Abteilung 7 auch künftig um die bestmöglichen Lösungen ringen wird. VLB-akzente wird darüber regelmäßig berichten.

Auf die Frage nach dem Stand nach der Arbeitszeitmodelldiskussion verwies Thomé, dass eine Arbeitsgruppe eingesetzt ist, die möglich Alternativen prüft. In wie weit dabei jedoch eine vernünftige Lösung herauskommt, muss bei der Grundprämisse „Kostenneutralität der Maßnahme“ stark bezweifelt werden. Wir Lehrkräfte an der Basis dürfen gespannt sein, welche Belastungen noch auf uns zukommen, obwohl doch allgemein bekannt ist, dass die Belastungsgrenze bei den Lehrkräften i. d. R. bereits überschritten ist. Nicht nur hier hat der VLB mit seinen Hauptpersonalräten Wolfgang Lambl und Horst Hackel zwei starke Vertreter, bei denen die Interessen der VLB-Basis gut aufgehoben sind. Weiter wurden noch die Unterrichtspflichtzeiterhöhung, die erhöhte Unterrichtsverpflichtung der Referendare, der Sachstand zur Beurteilung sowie die Einstellungsmodalitäten diskutiert.

Als außenstehender Betrachter hätte man sich manchmal gewünscht,



Büchergelddiskussion hin oder her – die Lehr- und Lernmitteleausstellung ist immer ein Anziehungspunkt.

dass es explosiver in der Diskussion zugegangen wäre. Auf der anderen Seite wurde aber auch das Bemühen von Hans-Wilhelm Thomé und seinen Mitarbeitern deutlich, trotz der „misslichen Lage“, uns Lehrer nicht im Regen stehen zu lassen.

Arbeitskreise

Traditionell ist der Nachmittag bei der Fachtagung der Arbeit in den Arbeitskreisen vorbehalten. Wie immer haben die Arbeitskreisleiter aktuelle und interessante Inhalte vorbereitet, so dass jeder Teilnehmer seinen Vorlieben entsprechend vielfältige Informationen mit nach Hause nehmen konnte. Eine ausführliche Zusammenfassung lesen Sie im Anschluss an diesen Artikel.

Am Rande notiert

Nicht unerwähnt muss an dieser Stelle bleiben, dass das Ambiente der Veranstaltung „gepasst“ hat. Dank ist hier besonders den guten Geistern im Hintergrund zu sagen, die für einen reibungslosen Tagungsverlauf gesorgt haben.

Viel Interesse zeigten die Kolleginnen und Kollegen auch an der Lehr- und Lernmittelausstellung, wie von Seiten der Aussteller positiv zu vernehmen war.

Abschlussplenum

„Das berufliche Schulwesen wird sich ändern müssen“, so das Resümee der stellvertretenden Landesvorsitzenden Dr. Angelika Rehm im Abschlussplenum. Wie der Weg dabei beschritten werden kann/muss hat Dr. Wolfgang Kehl in seinem Referat nachhaltig aufgezeigt und dabei entsprechende Visionen entwickelt. „Die Situation ist katastrophal, aber wir arbeiten daran, die Lage zu verbessern“ – im Ergebnis kann so die Podiumsdiskussion zusammengefasst werden. Gleichzeitig versprach Dr. Rehm, dass sich der VLB weiterhin nicht nur für die Interessen seiner Mitglieder sondern auch die der Schülerinnen und Schüler stark machen wird.

Die kaufmännischen Schulen müssen die Weiterentwicklungen des Unterrichts, des Kompetenzmanagements

und der Begleitung der Schülerinnen und Schüler unter dem Gesichtspunkt der Zukunftsfähigkeit der kaufmännischen Schulen überdenken und die Professionalität des Unterrichtens hervorheben. (Dr. Wolfgang Kehl)

Arbeitsschwerpunkte und Ergebnisse in den Arbeitskreisen

Nachfolgend finden Sie in kurzer Abhandlung die Arbeitsschwerpunkte und Ergebnisse der einzelnen Arbeitskreise. Bewusst hat die Redaktion an dieser Stelle auf einen Berichterstatter aus den Arbeitskreisen Personalvertretung und Dienstrecht sowie Senioren verzichtet, wurden dort doch die bereits an anderer Stelle in VLB-akzente veröffentlichten Problemfelder vertiefend diskutiert. Der Arbeitskreis Referendare schloss sich dem Arbeitskreis Personalvertretung an, da sich in der Diskussion viele Überschneidungen ergaben, zu denen HPR Wolfgang Lambl gewohnt souverän Auskunft und Beratung erteilte.

Arbeitskreis Büroberufe

Poolstunden – Excel-Befehle und Aktuelles

Der Tagesordnungspunkt „Poolstunden für Prüfungstätigkeiten“ stieß auf reges Interesse der Mitglieder. Wie im Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums vom 20.5.2005 zu entnehmen war, kann der Schulleiter die Art und den Umfang der Beteiligung der Lehrkräfte an den verschiedenen Berufsabschlussprüfungen sowie die unterschiedlichen Entschädigungsleistungen durch die Kammern berücksichtigen. Bisher haben die Schulleiter überwiegend keinerlei Entscheidungen getroffen, welche Faktoren angewendet werden sollen. Es wird nur die lapidare Aussage gemacht: „Wir schauen mal, wie sich die Sache im Juli 2006 entwickelt“. Einige Kolleginnen und Kollegen fordern als Maximallösung eine Poolstunde je Prüfling, ohne Berücksichtigung von Entschädigung und Prüfungsaufwand. Als Gegenargument wird angeführt, dass z.B. bei Kammerentschädigungsleistungen von 24,00 Euro beim Beruf „Rechtsanwaltsfachangestellter“ und von 18,00 Euro beim Beruf „Zahnarzthelferin“ das Prüfungsausschussmitglied eigentlich schon bezahlt wurde und normalerweise kein Anspruch mehr auf eine Poolstunde der Schule besteht.

Zweiter Diskussionspunkt war die Problematik „Excel-Befehle in den Berufsabschlussprüfungen“. Bereits im November 2004 wurden von der IHK-AKA Befehle an die Prüfungsausschüsse verteilt, die bei den Berufs-

abschlussprüfungen für Bürokaufleute und Kaufleute für Bürokommunikation Anwendung finden sollen. Diese Befehlskataloge sind sehr umfangreich und stellen hohe Anforderungen an die Prüflinge. Berücksichtigt man die Tatsache einer begrenzten Unterrichtszeit, in der diese Befehle vorgestellt, eingeübt und zu sichern sind, bleibt festzuhalten, dass der Katalog etwas überzogen ist. Wenn die Schüler einmal oder zweimal den Serienbrief im Fach Textverarbeitung gelernt haben und dazwischen mehrere Monate ohne Wiederholung liegen, so wird es in der Prüfung schwierig, die richtigen Befehle anzuwenden. Die gleichen Probleme entstehen bei den geforderten Funktionen der Tabellenkalkulation, wenn es z. B. um die Formeln „Summewenn“ oder „Zählenwenn“ geht. In der Mitteilung der IHK-AKA vom Januar 2005 wird darauf hingewiesen, dass alle prüfungsrelevanten Befehle auf der Homepage www.aka-nuernberg.de veröffentlicht sind. Alle Prüflinge sollen diese Informationen erhalten.

Obwohl durch den Stundenpool des Bayerischen Kultusministeriums eine Entspannung zu den verschiedenen IHKS festzustellen ist, herrscht bei einzelnen IHKS noch eine gewisse „Eiszeit“. So wurden seit November 2004 bis heute bestimmte neue Informationen nicht an alle Berufsschulen weitergegeben, wie beispielsweise der Wegfall der Einlesezeit im Fach Informationsverarbeitung der Büroberufe ab der Prüfung 2006/07. Auch Prüfungsaufgaben von der Winterprüfung 2004/2005 und der Sommerprüfung 2005, mit den dazugehörigen Lösungen, liegen bestimmten Berufsschulen bis heute nicht vor. Wie war das wieder? Die dualen Partner in der Berufsausbildung wirken zusammen! Also heißt es abwarten, welche Befehle im Fach Informationsverarbeitung zukünftig abverlangt werden und wie die Prüfungszeit schülergerecht ausgelegt sein wird.

Zum Tagesordnungspunkt Top 3 „Aktuelles“ ist festzustellen, dass auch die Gerüchteküche wieder in Gang gekommen ist. So wird immer wieder gefragt, wie es mit der Neuordnung der Büroberufe steht. Neugier entwickelt sich auch, ob der Begriff „Bürokaufmann“ durch den Begriff „Kaufmann für Bürokommunikation“ ersetzt wird. Nach Rückfrage bei Monika Pfahler vom ISB bleibt anzumerken, dass es nichts Neues gibt. Bei den Neuanmeldungen zum Schuljahr 2005/06 ist eine Zunahme der Ausbildungsverhältnisse zum „Kaufmann für Bürokommunikation“ feststellbar und gleichzeitig ein Rückgang beim Ausbildungsberuf „Bürokaufmann“. Es wäre natürlich interessant, die Gründe für diese Entwicklung zu kennen. Man kann nur Vermutungen anstellen, wie z. B., dass die Arbeitsämter die Schulabgänger in dieser Richtung beraten oder man fragt danach, ob Klein- und Mittelbetriebe nur den „Kaufmann für Bürokommunikation“ ausbilden dürfen oder der Name des Ausbildungsberufes innovativer klingt und damit anziehender ist. Eine Erklärung ist nicht möglich!

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden weiter informiert, dass vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag ein Leitfaden zur Geheimhaltung von Prüfungsaufgaben in den IHKs, Stand März 2005, mit 22 Seiten, herausgegeben wurde. Diese Maßnahme erscheint angebracht zu sein, bedenkt man einmal die Zahl der Prüfungsausschussmitglieder, die vor der Prüfung die Aufgaben kennen.

Zum Abschluss der Arbeitskreisveranstaltung referierte Elfriede Kopf vom Arbeitskreis Büroberufe über das schulinterne Intranet am Berufsschulzentrum in Schwandorf. In diesem internen Verwaltungsnetz sind alle Informationen gespeichert, die ein Lehrer benötigt. *Paul Beetz*

Arbeitskreis Deutsch

Wie kaufmännisch darf der Deutschunterricht sein

Nur wenige Kolleginnen und Kollegen fanden den Weg in den Arbeitskreis Deutsch. Zusammen mit Arbeitskreisleiter Ludwig Rose diskutierten sie die aufgeworfene Frage unter dem Aspekt des Grundverständnisses des Faches Deutsch sowie die Integration in den fachlichen Unterricht. Die Teilnehmer erhielten auch Unterrichtsbeispiele zum Einsatz vor Ort.

Arbeitskreisleiter Rose wies zum Abschluss noch auf die am 11. März 2006 stattfindende VLB-Fachtagung zur „Praxis des Deutschunterrichtes an beruflichen Schulen“ an der Staatlichen Berufsschule in Erlangen hin. Nähere Informationen werden in Heft 01/2006 veröffentlicht. *Ludwig Rose*

Arbeitskreis FOS/BOS

International Accounting Standards, International Financial Reporting Standards (IAS/IFRS)

Zunächst gab Stefan Pöhlmann von der Sparkasse Fürth einen Überblick über Begriffe und Grundprinzipien der IAS/IFRS. Anschließend referierte Reinhold Scherer von Schaffer & Partner näher über das Regelwerk und über wichtige praktische Zusammenhänge:

Die IFRS/IAS sind eine Sammlung von Regeln (Standards) für die Rechnungslegung kapitalmarktorientierter Unternehmen. Diese internationalen Rechnungslegungsvorschriften werden vom International Accounting Standards Board (IASB) entwickelt und veröffentlicht. Sie sollen die Vergleichbarkeit der Abschlüsse kapitalmarktorientierter Unternehmen weltweit erleichtern. Kapitalmarktorientierte Unternehmen in der EU müssen ab 2005 ihre Konzernabschlüsse nach IFRS erstellen. Für Einzelabschlüsse der Unternehmen mit Sitz in Deutschland gilt: Es muss weiterhin ein HGB-Einzelabschluss aufgestellt werden, ein (freiwilliger) IFRS-Abschluss kann den HGB-Abschluss nicht ersetzen. Dies folgt aus der Maßgeblichkeit des HGB-Abschlusses für die Steuerbilanz und die Gewinnausschüttung.

Der wesentliche Unterschied zu den Rechnungslegungsvorschriften des HGB ist, dass die Schutzfunktion für die Gläubiger nicht mehr im Vordergrund steht. Mit der Rechnungslegung auf der Grundlage der IAS/IFRS sollen vielmehr Informationen zur Verfügung gestellt werden, die ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermitteln. In Deutschland führt dies im Vergleich zur HGB-Bilanz in der Regel zu einer Erhöhung der Bilanzsumme sowie des Jahresüberschusses.

Im Hinblick auf den FOS/BOS-Unterricht im Fach Betriebswirtschaftslehre mit Rechnungswesen wurde festgestellt, dass der HGB-Einzelabschluss über das Maßgeblichkeitsprinzip auch weiterhin die Grundlage für die im Unterricht zu behandelnde steuerliche Gewinnermittlung bildet. Es bestand aber Einigkeit, dass Grundlagenkenntnisse zu den IAS/IFRS zum notwendigen Hintergrundwissen der im Fach BwR unterrichtenden Kolleginnen und Kollegen gehören.

Sehr interessant waren nicht zuletzt auch die Informationen von Teilnehmern, die an verschiedenen Schularten des beruflichen Schulwesens im Fach Rechnungswesen unterrichten und dabei die IAS/IFRS-Thematik in verschiedener Weise aufgreifen. Gerne angenommen wurden die Skripten, die die beiden Referenten dankenswerterweise eigens für diese Veranstaltung erstellt und mitgebracht hatten. *Hans-Jörg Bosch*

Arbeitskreis „Finanzberufe“

Ausbildung der Bankkaufleute auf dem Prüfstand

Bereits in der letzten Sitzung des Arbeitskreises in Bamberg hatte man sich zur Aufgabe gestellt, Inhalt und Niveau der Berufsabschlussprüfung „Wirtschaft und Sozialkunde“ für Bankkaufleute wachsam zu verfolgen und nach passenden Lösungsansätzen zu suchen. Da allerdings trotz zahlreicher Kritiken seitens der Lehrervertreter wie auch der ausbildenden Kreditinstitute keine Änderung erkennbar ist, will der Arbeitskreis über die Bankfachlehrer berechnete Kritiken und Einwände aktuell zur Winterprüfung 2005/2006 sammeln und diese gebündelt an die einschlägigen Stellen weitergeben.

Des Weiteren wurde an den Arbeitskreis von den anwesenden Bankfachlehrkräften der Wunsch herangetragen, dass wieder verstärkt fachliche und unterrichtsbezogene Fortbildungsthemen auf regionaler aber auch überregionaler Ebene angeboten werden. Hierzu versprach der stellv. Landesvorsitzende Alexander Liebel anlässlich eines bevorstehenden Spitzengesprächs mit der Sparkassenakademie in Landshut diese Bitte dort vorzutragen. Auch der anwesende Gast Günter Grunick bot seine Unterstützung durch die Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung in Dillingen an.

Eine rege Diskussion mit interessanten Vorschlägen zur Steigerung der Attraktivität

der schulischen Bankausbildung konnten die anwesenden Zuhörer erfahren und so überzeugende Hilfen und Anregungen z. B. zum Plus-Programm oder zu Projekten und Studienfahrten für die eigene Schularbeit mit nach Hause nehmen.

Im Rahmen einer abschließenden allgemeinen Aussprache wurde festgestellt, dass die Ausbildungszahlen an den einzelnen Standorten weitgehend stagnieren und nur punktuell noch zurückgehen. Besorgnis bereitet den Bankfachlehrern, dass einige Kreditinstitute bei Hochschulzugangsberechtigten auch verbandseigene Ausbildungssysteme außerhalb des dualen Systems zunehmend nutzen. Zusätzlich wird die Änderung des Ausbildungsganges „Versicherungskaufmann/-kauffrau“ hin zum „Kaufmann/Kauffrau für Versicherungen und Finanzen“ ab 01. August 2006 kritisch gesehen. So bleibt es abzuwarten, wie aufgeschlossen das Kreditgewerbe sich gegenüber diesem neuen Berufsbild der Finanzdienstleistungsbranche verhalten wird. Der Arbeitskreis wird die weitere Entwicklung verfolgen. *Werner Kiese*

FG Handelsberufe

Teilnovellierung Kaufmann / Kauffrau im Groß- und Außenhandel

Im Mittelpunkt des Arbeitskreises stand die Teilnovellierung des Berufs Kaufmann / Kauffrau im Groß- und Außenhandel. Ausgehend von den Synopsen und Änderungsvorschlägen des BGA und von ver.di in den Jahren 2003/2004, trafen sich im Frühjahr 2005 erstmals bundesweite Kommissionen, um die neuen betrieblichen bzw. schulischen Rahmenpläne zu erstellen. Für den Rahmenlehrplan mussten Lernfelder formuliert werden. Die Aufgabe dürfte im November 2005 abgeschlossen sein.

Beate Paulini-Schlottau vom BiBB (www.bibb.de) veröffentlichte in einem Artikel („Die Großhandelskaufleute“ 7/2005, S. 27 ff.) im Juli 2005 die zwischen den Bundesministerien und den Sozialpartnern vereinbarten bildungspolitischen Eckwerte sowie die diskutierten Themen: z. B. Logistik, Kundenberatung, IT und Kommunikation, Buchführung, Fremdsprache, Zusatzqualifikation interkulturelle Kompetenz.

In naher Zukunft kann mit einer Umsetzung auf bayerische Ebene gerechnet werden. Um qualifizierte Auskunft zu erhalten, hat die Fachgruppe Monika Pfahler, Referentin beim ISB und federführend tätig in der Lehrplankommission, zur nächsten Sitzung der Fachgruppe eingeladen.

Diese Novellierung hat u.a. weit reichende Fragen aufgeworfen:

- Was ist die Absicht der neuen AO / des neuen Lehrplans / der einzelnen Lernfelder?
- Zu welchen Fächern werden die Lernfelder zusammengefasst?
- Gibt es ein eigenes Lernfeld für Rechnungswesen?

- Welches Warenwirtschaftssystem wird benötigt? Muss es einen FiBu-Teil enthalten?
- Wie können die Inhalte (Einzelbegriffe) der Lernfelder möglichst einheitlich ausgedeutet werden? Wird es einen erläuternden Katalog geben (Zuordnungsliste)?
- Gibt es weiterhin eine Grundstufe oder beginnen alle Auszubildenden in der 10. Klasse?
- Wie sieht die Stundentafel aus und wie werden die Stunden und Inhalte auf die Jahrgangsstufen verteilt (mit Bezug zur Abschlussprüfung)?
- Welche Klassenteilungen sind möglich?
- Wie ist die Fachrichtung Außenhandel organisiert?
- Wie erfolgt die Abstimmung mit der IHK/ AkA und wie wird die Abschlussprüfung aussehen?
- Wird es Orientierungshilfen (Kernkompetenzen, Messgrößen) für die Auszubildenden geben?
- Wie wird die Multiplikatorenfortbildung auf Landes-, Regierungs- und Schulebene organisiert? Welche Voraussetzungen haben Multiplikatoren (alt/jung, wenig/viel Erfahrung)?
- Wird es für alle Lehrkräfte eine Pflichtteilnahme an den Schulungen geben?
- Wie werden die Verlage eingebunden?

Die Fachgruppe wird vor allem die Erkenntnisse aus der abgeschlossenen Neuordnung im Einzelhandel nutzen und möchte dazu beitragen, dass negative Erfahrungen minimiert werden.

Geänderte Abschlussprüfung im Großhandel, Fachrichtung Großhandel

Ab Mai 2007 beabsichtigt die AkA das Fach Großhandelsgeschäfte nur noch ungebunden in 180 Minuten zu prüfen. Damit wird sich die Prüfung, wie schon bei der Fachrichtung Außenhandel, auf zwei Tage erstrecken.

Ausbildung im Großhandel, Fachrichtung Außenhandel, in Fürth

Die Fachgruppe nutzte die Chance des Tagungsortes und bat die Leiterin des Bereichs Groß- und Außenhandel, Renate Pohrer, die Ausbildung im Außenhandel vorzustellen.

Sie zeigte dabei den schwierigen Weg seit 1997/98 bezüglich Unterrichtsform, Stundentafel, Lehrplan, Abschlussprüfung auf. Hauptausbildungsbetrieb ist die Quelle AG, die in der Fachrichtung Außenhandel eine gehobene, anspruchsvolle Ausbildung sieht.

Ein Dilemma beinhaltet ein KMS, das zwar alle Berufsschulen verpflichtet, Auszubildende bei einer Entscheidung für die Fachrichtung Außenhandel auf die Spezialisierung der Berufsschule in Fürth (bzw. in München) hinzuweisen, aber eine verpflichtende Sprengezuordnung nicht anordnet.

Gerhard Hacker

Arbeitskreis Informationsverarbeitung Einsatz von Open-Source- und freier Software in der Schule

Zusammenfassung einer animierten Bildschirmpräsentation zum o.g. Thema, erstellt mit OpenOffice-Impress. Für ausführliche Informationen steht der Autor jederzeit zur Verfügung. Definition:

Open-Source:

Als Open-Source-Software wird Software bezeichnet, deren Quellcode für jedermann zugänglich ist. Voraussetzung: Quellcode muss lesbar sein. Open-Source-Software ist in der Regel systemunabhängig. Open-Source-Software läuft häufig auf verschiedenen Betriebssystemen wie (alphabetisch geordnet):

- Linux,
 - Mac oder auch
 - Windows
- Freie Software:
- der Quellcode liegt offen (Open-Source)
 - das Wissen, was in der Software steckt wird voll und ganz an den Nutzer weitergegeben.

Was hat dies nun mit der Institution Schule zu tun?

Pädagogischer Aspekt: Wenn man die Software durch z. B. Änderung des Quellcode den individuellen Bedürfnissen des Schülers anpassen kann, so ist eine Leistungssteigerung möglich!

Open-Source-Software kann einfach aus dem Internet heruntergeladen und beliebig kopiert werden.

So kann geeignete Software den Schülern mitgegeben werden, ohne dass Lizenzbestimmungen verletzt werden (Stichwort Raubkopien). Der Schüler kann seine Hausaufgaben mit der Software erarbeiten, die er auch in der Schule verwendet.

Finanzieller Aspekt: Auf teure Klassenraumlizenzen für kommerzielle Software kann sehr häufig verzichtet werden.

Programme können einfach und schnell, ohne das finanzielle Risiko einer Fehlinvestition, ausprobiert werden.

Open-Source-Software ist zwar nicht immer kostenfrei, zumindest aber kostengünstig. Dies ist ein für den Bildungsbereich wichtiger Aspekt, gerade in Zeiten leerer öffentlicher Kassen.

Mittlerweile gehen immer mehr kommerzielle Software-Hersteller dazu über, nicht nur Vollversionen, sondern zusätzlich die Bereitstellung fehlerbereinigter(!) Versionen in Rechnung zu stellen.

Für Open-Source-Produkte dürfen dagegen nur Kosten für den Vertrieb und die Produktion von Datenträgern berechnet werden.

Bug-fixes werden in der Regel zum kostenfreien Download aus dem Internet zur Verfügung gestellt.

Bezogen z. B. auf das Jahr 2000-Problem hätten Unternehmen und Behörden hier Beiträge in Millionenhöhe einsparen können.

Schularten und Open-Source-Software

Open-Source-Software gibt es für sämtliche Schularten, von der Grundschule über die Hauptschule, berufliche Schule, Gymnasium bis hin zur Universität.

Software als Kulturgut:

Open-Source-Software erfüllt eine sozialpolitische Aufgabe. Software wird in zunehmendem Maße als Kulturgut denn als Wirtschaftsgut angesehen. Begründet wird dies mit der zunehmenden Durchdringung des Alltags. „Es ist essentiell für die Zukunft der Menschheit, dass Software als Kulturgut auch in Zukunft jedem zur Verfügung steht und ähnlich wie anderes Wissen in Bibliotheken bewahrt wird.“

Ausblick:

Open-Source-Software in Deutschland: Immer mehr Behörden planen bzw. vollziehen den Aufbau ihrer Computernetze mit sog. freier Software.

Open-Source-Software im Ausland: Ab 2007 werden sämtliche 50.000 PCs in der Verwaltung von Massachusetts von den Office-Paketen von MS befreit. Amtliche Begründung: Wenn der Staat offizielle Dokumente seinen Bürgern auf elektronischem Wege anbietet, dann darf der Bürger nicht gezwungen sein, für diese elektronische Kommunikation teure proprietäre Office-Pakete kaufen zu müssen. *Frank Blanke*

Arbeitskreis Religion / Sport Sport und Religion in der Berufsschule – was bewegt uns gemeinsam?

Für den Arbeitskreis konnten als Referenten Herbert Schröder von der DJK Bamberg und Hans Bauer, Sportpfarrer a.D. gewonnen werden. Das hochkarätige Gespräch lässt sich in 10 Thesen zusammenfassen. Eine Langversion erhalten Sie über Dr. Michael Persie (Michael.Persie@t-online.de).

Thesen:

1. Sport und Religion dienen der gesamtmenschlichen Entfaltung.
2. Die jungen Menschen benötigen Bewegung für Körper und Geist.
3. Bewegung als Sport und Spiritualität ist für alle am Schulleben Beteiligten erforderlich – auch für Lehrer.
4. Sport und Religion gehören in die Schule, nicht allein in die Freizeit.
5. Auch die Betriebe fordern Fitness und Ethik / Spiritualität.
6. Sport und Religion helfen Lehrern und Schülern, die durch Erwartungen der Gesellschaft und der Wirtschaft überfordert werden.
7. Unsere Gesellschaft braucht europaweit Sport und Spiritualität gegen eine Ökonomisierung der Lebenswelt.
8. Erfolg und Etwas - Für - Den - Menschen - Leisten können Sport und Religion vermitteln.

9. Sport und Religion können in Theorie und Praxis eine bedeutende Schnittmenge erarbeiten.
10. Es ist Ziel von Sport und Spiritualität, den Beteiligten Freude zu bereiten.

Dr. Michael Persie / Thomas Oschmann

Arbeitskreis Schreibtechnik

Praktisches und Standespolitisches

Wie immer hatte Arbeitskreisleiter Siegbert Ulbrich ein praktisches Unterrichtsbeispiel vorbereitet, dass dann mit den Teilnehmern „durchgearbeitet“ wurde: Erstellen von Bewertungs- und Notentabellen mit Excel. Daneben wurde natürlich auch über das Dauerthema Fachlehrer- und -ausbildung diskutiert. (siehe dazu VLB-akzente Heft 11/2005, S. 13) *Siegbert Ulbrich*

Arbeitskreis Sozialkunde

Der Konflikt im Irak – ein Fallbeispiel zum neuen Lehrplan

Der Arbeitskreisleiter konnte als Referent Peter Bauch, freier Dozent und ehem. Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Dt. Bundestages gewinnen.

Themenschwerpunkte des Vortrages waren ein umfassender Abriss der Grobstruktur momentaner internationaler Beziehungen, gefolgt von einer analytischen Beschreibung der beiden Irak-Konflikte und einer Skizze der Zukunftsperspektiven im Irak, aber auch im Kosovo, in Afghanistan und im Sudan.

Angesichts der neuen Gewalt im Rahmen von regionalem und überregionalem Terrorismus ist ein Trend feststellbar, supranationale Organisationen zur Konfliktlösung heranziehen zu wollen – und sie dabei gleichzeitig zu überfordern. Insgesamt besteht eine stärkere Nachfrage nach Sicherheitsdienstleistungen, die von diesen Organisationen erbracht werden soll. Erschwerend kommt hinzu, dass internationale Politik ein sehr unübersichtliches Bild bietet. Dies wird durch die modernen Kommunikationstechniken, die es erlauben, sehr rasch Bild- und Textinformationen aus allen möglichen Konfliktregionen zu erhalten, verstärkt – eine der Schattenseiten von Globalisierung.

Will man die Leistungsfähigkeit supranationaler Organisationen abschätzen, geschieht das in sinnvoller Weise dadurch, dass man ihre Mitglieder, ihre Hauptaufgaben und ihren Beschüsse-Output betrachtet. So gesehen liegt die Effizienz der NATO in der Stabilitätsprojektion im Krisenfall. Wohingegen die UN in ihrer Wirkung, ihrem Tun und in ihrer politischen Leistungsfähigkeit durch die Möglichkeit gegenseitiger Blockade stark eingeschränkt ist. Trotzdem wird sie gerade von jungen Menschen glorifizierend überschätzt. Fazit: Eine effektive Hilfe im Konflikt- und Krisenfall „von oben“ kann und wird nicht kommen. Vor diesem Hintergrund ist das Verhalten der USA im ersten und zweiten Irak-Krieg zu betrachten. Im ersten Irak-Krieg sollte ein UN-Mitglied durch den Aggressor von der Landkar-

te genommen werden. In diesem Falle müssten die UN reagieren. Die USA konnten mit Rückendeckung der Vereinten Nationen den Status Ante wiederherstellen. Im Rahmen einer auf Kooperation angelegten Politik des amerikanischen Präsidenten marschierten die USA – auch wegen einer fehlenden Exit-Strategie – nicht nach Bagdad durch. Der Irak erhielt Auflagen, die er jedoch, ebenso wie elf UN-Resolutionen, missachtet. So wurde z. B. die Arbeit der internationalen Inspektoren nahezu unmöglich gemacht. Angesichts dieser Entwicklung stellte sich für die USA die Frage, wie man mit einem solchen Land umzugehen hat. Hinzu kommt, dass der Irak den regionalen Terrorismus der Hamas und der Hisbollah aktiv unterstützte. Wie ist also mit einem derartigen Zustandsstörer zu verfahren, dem mit UN-Resolutionen nicht (mehr) beizukommen ist?

Vor diesem Szenario und unter dem Eindruck der Ereignisse des 11. September 2001 eröffneten die USA in einer Ad-Hoc-Allianz mit Großbritannien den zweiten Irak-Krieg. Dabei bot ihnen offensichtlich die UN-Resolution 1483 ausreichend Legitimationsbasis für eine militärische Intervention. Es lagen aber auch andere Gründe für die amerikanische Initiative vor: Vermutete Massenvernichtungswaffen in der Hand Saddams Husseins, Garantie eines potenziellen Zugriffs auf die Ressourcen der Region, Entlastung für Israel, Abbau des regionalen Bedrohungspotenzials und Risikominimierung in der Golfregion.

Das „alte Europa“ spielte in diesem zweiten Konflikt als Akteur der internationalen Politik keine Rolle. Es gab schlichtweg keine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Die unterschiedlichen Ansichten über eine Teilnahme am zweiten Irak-Krieg spalteten die EU im Verhältnis vier zu zwei bezogen auf die nichterweiterte und fünfzehn zu zehn in Bezug auf die erweiterte EU zugunsten der Kriegsbefürworter. Damit geriet nicht nur die deutsch-französische Position ins Abseits, sondern auch Europa als ernstzunehmender, geschlossen auftretender Gestalter internationaler Politik.

Der zweite Irak-Konflikt wirft mindestens drei Probleme auf. Das ist zum einen die schmale bzw. nicht vorhandene völkerrechtliche Legitimation des Kriegs, das auch jetzt nicht vorhandene Exit-Konzept der USA für die bekriegte Region und letztlich die Frage, welche Rolle supranationale Organisationen im Rahmen internationaler Konfliktbewältigung überhaupt noch spielen können.

Für den Irak bleibt als absehbare Nachkriegsperspektive: Spaltung im Sinne einer Dreiteilung auf Grund der unversöhnlichen Ethnien. Dabei werden die bislang dominierenden Sunniten entmachtet, wodurch weiteres Konfliktpotenzial entstehen wird. Und auch der Terror gegen die amerikanischen Truppen sowie gegen die eigene Bevölkerung wird so schnell kein Ende finden.

Peter Lindacher

Arbeitskreis: Wirtschaftsschule

Brennpunkte an Wirtschaftsschulen

Aus aktuellen Gründen wurde das veröffentlichte Programm umgestellt. Die potentiellen Besucher wurden im Vorfeld davon unterrichtet. Der erste Tagesordnungspunkt befasste sich mit dem Vorrückungsfach Projektarbeit an Wirtschaftsschulen. Es zeigte sich, dass das Fach manchmal als „Ersatzunterricht“ eingesetzt wird. Deshalb wies Arbeitskreisleiter und VLB-Referent für Wirtschaftsschulen Bernhard Zeller nochmals auf die wichtigen Voraussetzungen hin:

- Freiwilligkeit der Lehrkräfte
 - Wahlmöglichkeit der Schüler
 - Kleine Gruppen (je Klasse sollten zwei Lehrkräfte vorgesehen werden)
 - Starke Flexibilisierung der zeitlichen Durchführung
 - Fortbildung der Lehrkräfte
 - Sicherung der Eignung der Vorhaben als echte Projekte
- Folgende Vorgehensweise wurde vorgeschlagen:
- Lehrkräfte ordnen sich auf Liste einer Klasse oder einem klassenübergreifenden Projekt zu.
 - Lehrkräfte stellen Konzept des Projekts mit Angabe von Beginn und Zeitraum der Dauer schriftlich dar und reichen es der Schulleitung (SL) ein.
 - SL bespricht Projektideen mit Steuergruppe. SL erteilt Einverständnis oder empfiehlt in Absprache mit Steuergruppe Modifikationen.
 - SL und Steuergruppe bespricht Ergebnis mit betroffenen Lehrkräften.
 - Eventuelle Änderungen werden SL vorgelegt.
 - Kein Projekt kann beginnen, bevor nicht das Einverständnis der SL eingeholt wurde.
 - Lehrkräfte führen Projekte durch und dokumentieren sie mit Hilfe von Listen. Sie bestimmen dabei Beginn, Stundenaufteilung und Ende des Projekts.
 - Die Listen sind nach Abschluss des Projekts mit einer kurzen Stellungnahme zum Projekt und sonstigen Materialien (Ergebnisse, z.B. Bilder, CD, Berichte, Video) abzugeben.
- Allgemeine Anmerkungen:
- Projektarbeit ist Pflichtunterricht und Vorrückungsfach. Es sollte beachtet werden, dass Projekte prinzipiell allen Fächern der Wirtschaftsschule offen stehen. Die Bewertungen der Schülerleistungen sind entsprechend den einschlägigen Festlegungen durchzuführen. Dabei muss sichergestellt werden, dass Leistungsnachweise vergleichbar anderen Vorrückungsfächern erstellt werden.
- Als wichtigen Gesichtspunkt ergab die Diskussion, dass die Lehrkräfte für die in diesem Fach geforderten Methoden unbedingt zusätzlicher Fortbildung bedürfen.
- Zweiter Punkt war der Informationsaustausch über die neu strukturierte Abschluss-

prüfung in Englisch mit Hörverstehensprüfung und mündlicher Gruppenprüfung. Es zeigte sich, dass sich die Prüfung sehr gut bewährt hat. Es liegen mittlerweile genügend Materialien für Prüfungen vor. Als problematisch wird von nahezu allen Lehrkräften empfunden, dass nach der WSO mit Teilnoten und nicht mit Punkten bei den Einzelteilen der Prüfung zu rechnen ist. Einige Lehrkräfte wiesen darauf hin, dass die Zeit, um die Schüler auf die Prüfung vorzubereiten, zu knapp in der Stundentafel bemessen ist.

Auch der letzte Tagesordnungspunkt befasste sich mit der Abschlussprüfung. Es zeigte sich, dass der Großteil der über 50 Teilnehmer vor allem an der Besprechung der Abschlussprüfung Rechnungswesen 2005 interessiert war.

Die Aufgabenstellung der Prüfung wurde von den Teilnehmern als völlig unzureichend eingestuft. Dies lag an dem überfordernden Schwierigkeitsgrad und der zu knappen Zeit der Prüfung. Zeller erläuterte die Problematik des Schwierigkeitsgrades an ausgewählten Beispielen. Viel Gelächter ergab eine Untersuchung, die ein pffiger Schulleiter durchführte: Er ließ einen gut ausgebildeten Praktikanten die gesamte Musterlösung der Prüfung abschreiben. Dieser benötigte dazu ohne jegliche Pause 1 Stunde 51 Minuten. Unsere Schüler/innen hatten mit Überlegungen und Leseaufwand 120 Minuten zur Lösung zur Verfügung!

Arbeitskreisleiter Zeller wurde einstimmig aufgefordert, in Gesprächen mit den Verantwortlichen für Folgendes zu sorgen:

Unsere Schüler/innen dürfen durch unverhältnismäßig schwere Prüfungen nicht schlechter gestellt werden als Absolventen anderer Schularten, die mit den Wirtschaftsschülern um Ausbildungsplätze konkurrieren. Eine bisher anspruchsvolle Prüfung mit guten Ergebnissen sollte nicht verändert werden!

Umfangreiche Datenblätter von fiktiven Betrieben als Vorspann sind abzulehnen, ebenso eine Erhöhung des Schwierigkeitsgrads!

Beim Entwurf ist zu berücksichtigen, dass WS berufsfeldbezogen sind und die umfangreiche Prüfung sich an der Gesamtheit der Prüflinge (also der durchschnittlichen Leistungsfähigkeit) auszurichten hat.

Eine fähige Kontrollinstanz ist einzurichten. Dazu reichen auch 10 Jahre Unterrichtserfahrung nur, wenn diese an Wirtschaftsschulen verbracht wurden und die jeweilige Lehrkraft mehrere Prüfungsdurchläufe während dieser Zeit mit ihren Schülern durchlief. Ebenso wurde die Übergewichtung des praktischen Teils der Prüfung beanstandet. Vehement wurde eine Änderung der Gewichtung theoretischer Prüfung zu praktischer Prüfung von 3:1 gefordert. Die Belegerstellung sollte weiterhin von den Schulen durchgeführt werden. Dies hat sich bewährt, ist praxisnah und stellt eine Verbindung zu den Übungsfirmen der jeweiligen Schule dar. Eine Änderung der Struktur der Prüfung wurde einheitlich deutlich abgelehnt.

Bernhard Zeller



Flacher, schärfer, stylischer: LCD!

HD-Ready inklusive!

Samsung LE-27 T 51 B 68 cm. Dieser Flachbildfernseher mit einer Bildschirmdiagonale von 68 cm ist für die Zukunft des digitalen Fernsehens bestens gerüstet. Das von Samsung entwickelte Bildverbesserungssystem DNIe, die automatische Helligkeitseinstellung und ein Kontrastverhältnis von 800:1 sorgen für beste Bildqualität.

Bild im Bild Funktion

Kontrast 800:1

830 352

705,-
817,80 inkl. MWSt



Nur 9,6 cm flach

Integrierter DVB-T Receiver!

Sony KDL-S 32 A 11 E 82 cm. Dieser exklusive HD Ready 82 cm 16:9 LCD-Fernseher garantiert beste Bildqualität und Dolby Virtual Sound-System. Zusätzlich bietet er viele Sonderfunktionen wie z.B. einen integrierten DVB-T Receiver und eine HDMI-Schnittstelle.

Integrierter DVB-T Receiver

HDMI-Eingang

846 704

1215,-
1409,40 inkl. MWSt



Nur 9,9 cm flach

Scharfe Bilder!

Toshiba 37 WL 56 P 94 cm. Dank aktueller Technologie bietet dieser 94 cm Toshiba Flachbildschirm gestochen scharfe Bilder und gleichzeitig optimierte Helligkeits- und Kontrastwerte. Dank HD Ready und der HDMI Schnittstelle garantiert das Gerät Zukunftssicherheit.

VGA-Anschluss

HD Ready

763 796

1633,-
1894,28 inkl. MWSt



Nur 10,9 cm flach



TECHNIKdirekt.de
business

Telefon: 09 31-9 70 84 56
www.technikdirekt-business.de

Bezirks- und Kreisverbände

BV Oberpfalz

Sophia Altenthan neue Bezirksvorsitzende

Die Jahreshauptversammlung in der Oberpfalz stand diesmal unter dem Zeichen der Wahl einer neuen Bezirksvorstandschaft. Der bisherige Bezirksvorsitzende Michael Birner, seit Bamberg stellvertretender Landesvorsitzender, suchte nach einem Nachfolger und mehrere Mitglieder der Bezirksvorstandschaft wollten ihr Amt nach vielen Jahren in jüngere Hände legen.

Nach einem Vortrag zum diesjährigen 1. isi-Preisträgers, der Berufsfachschule für Krankenpflege des Bezirks Oberpfalz und den üblichen Verbandsregularien mit den Berichten des Vorsitzenden und des Schatzmeisters wurde die neue Bezirksvorstandschaft nahezu einstimmig gewählt.

Bezirksvorsitzende wurde die stellvertretende Schulleiterin am BBZ Regensburg Sophia Altenthan. Sophia Altenthan ist seit vielen Jahren Mitglied im VLB, zuletzt war sie stellvertretende Kreisvorsitzende in Regensburg. Als frühere Fachmitarbeiterin an der Regierung und am Ministerium, als begeisterte Lehrerin und stellvertretende Schulleiterin bietet sie beste Voraussetzungen, die Geschicke des Bezirksverbandes zu leiten. Unsere herzlichen Wünsche begleiten

sie im neuen Amt. Ihr zur Seite stehen die neue Schatzmeisterin Monika Wöhrl von der BS III Regensburg und der neue Schriftführer Horst Pongratz vom beruflichen Schulzentrum Amberg. In der Vorstandschaft verblieben sind die beiden Stellvertreter Robert Kölbl ebenfalls vom Beruflichen Schulzentrum Amberg und Susanne Lieck von der FOS/BOS Cham.

Die neue Bezirksvorsitzende appellierte in ihrer Antrittsrede, sich gerade jetzt für den VLB zu engagieren, KollegenInnen anzusprechen, zu motivieren, in den Verband einzutreten. Der VLB habe keine einflussreichen Fürsprecher wie andere Verbände und sei deshalb auf aktive Mitglieder angewiesen. Sie dankte den Delegierten nochmals für das entgegengebrachte Vertrauen, dem scheidenden Bezirksvorsitzenden Michael Birner für seine engagierte Tätigkeit als Vorsitzender und den ausscheidenden Mitgliedern für ihr jahrelanges Engagement, das in einer der nächsten Vorstandssitzungen noch einmal gebührend gewürdigt werden soll.

In ein paar Tagen werde sich die neue Bezirksvorstandschaft beim Regierungspräsidenten vorstellen und dabei auch das Gespräch mit den Sachgebietsleitern der Schulabteilung suchen.

Michael Birner



Lenken künftig die Geschicke in der Oberpfalz: (von links) Robert Kölbl, Horst Pongratz, Sophia Altenthan, Michael Birner und Monika Wöhrl.

BV Unterfranken:

Zum Vormerken: VLB-Pfingstreise 2006: Emilia Romagna

Termin: 5. – 11. Juni 2006

Unter fachkundigen Reiseleitung von Gottfried Berger geht die nächste Reise des BV in die italienische Region Emilia Romagna. Insbesondere sollen nachstehende Städte besucht werden, die auf Reisen in den Süden leider zu Unrecht häufig unbeachtet bleiben: Bologna, Ferrara, Fidenza, Modena, Nonatola, Parma, Pomposa ...

Senioren

Der Koalitionsvertrag und Wir

(vgl. auch „Versorgungs-WirrWarr“ in VLB-akzente Heft 10, S 36 ff)

Nun ist er da, der Rahmen für die Regierungsarbeit der nächsten vier Jahre. Große Überraschungen enthält er erwartungsgemäß nicht. Fast alles ist aus den Wahlprogrammen der beiden Volksparteien mehr oder weniger bereits bekannt.

Bei genauerem Hinsehen überrascht eher, was aus den sich ja durchaus widersprechenden Wahlprogrammen keinen Eingang in die Vereinbarung fand. Die kompromisshafte Mischung der unterschiedlichen Wahlziele ergibt aber durchaus eine neue Qualität. Der erhoffte ‚Ruckeffekt‘ dürfte mangels auffällender Innovationen jedoch kaum eintreten. In Folgendem sollen vor allem die uns Ruhständler – aber auch die Aktiven – betreffenden Rentenpläne dargestellt werden. Daneben werden die Pläne zur Föderalismusreform (Föderalismuskommission – Beamtenrecht) und zu den Hochschulen (Bologna-Prozess – Stufung der Abschlüsse in Ba-

chelor und Master) referierend gestreift.

Die Altersversorgung

Sie ist wesentlich abgehandelt unter dem Stichwort Rente.

- Das für die Rente Vorgesehene gilt auch für die Pensionen: „Wir werden (daher) Maßnahmen in der gesetzlichen Rentenversicherung unter Berücksichtigung der Unterschiedlichkeit der Systeme wirkungsgleich in das Versorgungsrecht der Beamten übertragen“.
- „Die gesetzliche Rentenversicherung ist und bleibt auch in Zukunft die wichtigste Säule der Altersversorgung“. Aber: „Zur Sicherung des Lebensstandards im Alter ist eine Ergänzung durch betriebliche und private Altersvorsorge unerlässlich“. (Für das Beamtenrecht bedeutet das die Abkehr vom Alimentationsgrundsatz!)
- „Mit den bereits beschlossenen Rentenreformen sind für die nachhaltige Finanzierbarkeit der gesetzlichen Rente die grundsätzlichen Antworten gegeben worden“.

Die dort festgelegten zahlreichen Einschränkungen (für Beamte/Versorgungsempfänger vor allem die Absenkung des Versorgungsniveaus im Versorgungsänderungsgesetz 2001 oder z. B. die Nullrunden für Renten, wenn das allgemeine Lohnniveau nicht mehr als 1,3 % steigt) tauchen hier – schönfärbend – nicht auf.

- „Die aktuelle schwache Lohn- und Gehaltsentwicklung führt dazu, dass die in der Rentenanpassungsformel enthaltenen Dämpfungsfaktoren zur Erreichung dieser Ziele nicht vollständig wirken können. Zur Einhaltung der genannten Beitragssatz-Sicherungsziele ist es jedoch notwendig, nicht realisierte Dämpfungen von Rentenanpassungen nachzuholen“. Dieses Ziel ist neu. Es besagt, dass die „Dämpfungen“, die bei Nullrunden nicht zum Zuge kommen, die Dämpfungszeit nicht nur verlängern – was bisher schon vorgesehen war – sondern dass – wie Fachleute ausgerechnet haben wollen –

eigentlich zur Zeit rechnerisch fällige Rentenkürzungen, die aber wegen der Rentensenkungsklausel nicht möglich sind, später, wenn es wieder aufwärts geht, nachgeholt werden, d.h. auf die normal vorgesehenen Dämpfungen aufgesetzt werden. Der Begriff „Nachholfaktor“ für diesen Sachverhalt ist durchgesickert.

- „Die steigende Lebenserwartung geht mit einem längeren Rentenbezug einher ... Wir werden (deshalb) im Jahre 2007 die gesetzliche Regelung für eine 2012 beginnende Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre treffen. Sie soll in Abhängigkeit vom Geburtsjahrgang schrittweise erfolgen und vollständig für den ersten Jahrgang bis spätestens 2035 abgeschlossen sein“. „Dabei wird sichergestellt, dass Versicherte, die mindestens 45 Pflichtbeitragsjahre aus Beschäftigung, Kindererziehung und Pflege erreicht haben, weiter mit 65 abschlagsfrei in Rente gehen können“.
- „Die zusätzliche Altersvorsorge muss künftig einen noch höheren Stellenwert erhalten ... Hierfür steht ein umfangreiches Instrumentarium mit steuerlichen Elementen und Zulagen zur Verfügung. ... wird die Kinderzulage für die ab 01. 01. 2008 geborenen Kinder von dann 185,00 Euro auf 300,00 Euro jährlich erhöht“.

Es ist durchgesickert, dass die Attraktivität der Altersvorsorge durch Verbesserungen bei der Riesterreute u. ä. erreicht werden soll – u. a. auch die erhöhte Kinderzulage an eine Riesterreute zu binden.

Föderalismusreform

Hier hat der Koalitionsvertrag voll die Vereinbarungen der Föderalismuskommission von Bundestag und Bundesrat unter Leitung von Franz Müntefering und Edmund Stoiber übernommen.

Art, 74 GG neu

„(1) Die konkurrierende Gesetzgebung erstreckt sich auf folgende Gebiete: ...

27. Die Statusrechte und Pflichten der Angehörigen des öffentlichen Dienstes der Länder, Gemeinden und Körperschaften des öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis stehen – mit Ausnahme der Laufbahn, Besoldung und Versorgung.

(2) Gesetze nach Abs. (1), Nr. 27 bedürfen der Zustimmung des Bundesrates“

Also Laufbahn, Besoldung und Versorgung sind vorbehaltlos in Länderhand; die übrigen Rahmenbedingungen kann zwar der Bund gestalten, aber nur vorschlagend, da seine Gesetzesvorlagen der Zustimmung der Bundesländer bedürfen.

Damit wird hinsichtlich Besoldungs- und Versorgungsrecht tendenziell der Rechtsstand wiederhergestellt, der 1971 zur Vereinheitlichung, Verschlinkung und Effizienzsteigerung beendet worden war. Angeführt von den ärmeren Bundesländern wird ein Wettbewerb nach unten in der Beamtenbesoldung erwartet. Einen Vorgeschmack haben die Länder bereits geliefert: die Vorübertragung der Kompetenz für die Sonderzahlungen (Weihnachts- und Urlaubsgeld) 2003 wurde von allen 16 Bundesländern zu Kürzungen bis hin zu Streichungen benutzt!

Die Pläne, was insgesamt mit dem Beamtenrecht geschehen soll, umschreibt Art, 3 Abs. 5 GG neu:

„Das Recht des Öffentlichen Dienstes ist unter Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtenrechts zu regeln und fortzuentwickeln.“

Hier wird das Ringen um die Auslegung der hergebrachten Grundsätze des Beamtenrechts und die Art der Fortentwicklung in den nächsten Jahren vorgezeichnet.

Hochschulen (im Wesentlichen geregelt in der Föderalismusvereinbarung)

„... Wir wollen bis zum Jahre 2010 einen europäischen Hochschulraum schaffen. Der ‚Bologna-Prozess‘ ist ein richtiger Schritt, damit Europa im

Hochschulbereich zusammenwächst. Wir wollen die Mobilität im Hochschulraum Europa fördern und die Kompatibilität der Studiengänge voranbringen“.

Das lässt hoffen; aber nun die Keule, d. h. der Rückzieher, wo es was konkret zu tun gäbe:

„Die Juristenausbildung muss den sich verändernden Anforderungen an die juristischen Berufe gerecht werden. Einen Bedarf für neue Abschlüsse gibt es allerdings nicht. Die Koalitionspartner lehnen deshalb die Übertragung des „Bologna-Prozesses“ auf die Juristenausbildung ab“. Die Mediziner, Ingenieure und nicht zuletzt die Lehrer werden sich hier dranhängen - und „Bologna“ wird tot sein!

Weiteres

Weitere wichtige Inhalte der Föderalismus-Vereinbarung; u. a.:

- Die Zahl der im Bundesrat Zustimmungspflichtigen Gesetze wird reduziert (von bisher nahezu 2/3 auf unter 1/3).
- Zustimmungspflichtig werden Gesetze, die die Länder zu finanziellen Leistungen verpflichten.
- Abschaffung der Rahmengesetzgebung des Bundes in den Bereichen Umwelt und Hochschulen.

Trost und Hoffnung zum Schluss

Abschließend und ausschließlich ist der Koalitionsvertrag nicht: einerseits sind uns wahrscheinlich bedrohende Sachverhalte (ausdrücklich genannt vor allem die Gesundheitsreform) ausgespart, andererseits spricht er auch kein Denkverbot für Innovationen im Laufe der Legislaturperiode aus!

Wir stehen vor einer spannenden Zeit!
Berthold Schuster

ginn!“ Diese Worte machen nicht nur auf die Jahreszeit bezogen einen Sinn. Die 35 Anwesenden befanden sich allesamt in einem Alter, das man als den Herbst des Lebens bezeichnen könnte. Dieser sei der wichtigste Abschnitt des menschlichen Lebens, denn Reife, Ernte, Lichter anzünden, das Loslassen und der Neubeginn seien allesamt Gaben, denen der ältere Mensch seine Hände entgegenstrecke, die er jedoch auch als geistige und praktische Lebensaufgaben begreifen sollte. Seniorentreffen seien eine hervorragende Gelegenheit, um in der Bewältigung der entscheidenden Lebensfragen und Lebensprobleme gemeinsam ein bisschen voranzukommen.

Ulrike Baldauf, Winfried Zimmermann und Michael Schubert berichteten in tief beeindruckender Weise aus ihrem jeweiligen persönlichen Blickwinkel über ihr Leben. Die Zuhörer waren alle mitgerissen und aufgewühlt von einer derart plastischen Konfrontation mit der Vergangenheit, die ja dann auch das eigene Schicksal eines jeden wieder lebendig werden ließ. So verlief die Veranstaltung ganz im Sinne von Papst Benedikt XVI., der kürzlich formulierte, man müsse gemeinsam – also alt und jung – für die Verteidigung der Menschenwürde arbeiten. Sich erinnern ist aber der erste Akt hierfür – als Voraussetzung für den Erhalt des Friedens. Mit einem herzlichen Beifall dankte die Versammlung dem Referententeam. Die wieder aufstrahlende Freundschaft zeigte sich dann noch lebhaft beim gemeinsamen Mittagmahl.

Konrad Wilhelm

Senioren feiern 60 Jahre Frieden

Ende September trafen sich die schwäbischen Pensionistinnen und Pensionisten traditionell im Haus Sankt Ulrich, Augsburg. Besonders begrüßt wurden Hubert Wengernmayr und der

schwäbische VLB-Seniorenvertreter Günter Hermannsdörfer, der als Ansprechpartner in allen Fragen pensionierter Beamtinnen und Beamten jederzeit zur Verfügung steht. Motto des Treffens war: „Herbst, Zeit der Reife, Zeit der Ernte, Zeit der Lichte, Zeit des Loslassens, Zeit des Neube-



Gruppenfoto 2005 – die schwäbischen Senioren.

Personalien

Dorothea Liebscher zum Gedenken

Der Bezirksverband Unterfranken im VLB trauert um Dorothea Liebscher. Die Verstorbene war seit 1998 Ruheständlerin. Zuvor stand sie fünf Jahre lang an der Spitze des Würzburger Berufsbildungszentrums für Hauswirt-



schaft und Sozialwesen, nachdem sie als Mitarbeiterin in der Schulleitung und Stellvertreterin bereits mehr als ein Jahrzehnt zum Führungsteam der Schule gehört hatte.

Nach Würzburg gekommen war Dorothea Liebscher 1966 als frisch ausgebildete Gewerbelehramtsanwärterin wie man das damals nannte.

1953 hatte sie im erzgebirgischen Altenberg (DDR) das Abitur abgelegt. Sie wäre gerne Ärztin geworden. Da der Vater aber eine kleine Möbelfabrikation betrieb, durfte sie nicht studieren. Ihrer Neigung zur Medizin gemäß wurde sie also Krankenschwester. 1957 ging sie in den Westen, arbeitete in Ingolstadt, Bern und München und avancierte schließlich zur OP-Schwester. Das Berufsschullehrer-Studium absolvierte sie am BPI in München. Ihren Dienst in Würzburg trat sie also nicht als schlichte Anfängerin, sondern als hochqualifizierte medizinische Fachkraft an. Wer mit soviel Berufs- und Lebenserfahrung sich der beruflichen Bildung verschreibt, ist Gesinnungstäter und kann gar nicht anders: Von der ersten Stunde an krepelte Dorothea Liebscher die Ärmel hoch, packte energisch an und brachte sich ohne Wenn und Aber ein, was in den sechziger Jahren ebenso gefragt war wie heutzutage. Freilich fand sie an der Schule auch ein Aufgabenfeld vor, welches ihr geradezu auf den Leib geschneidert war. Kurzum: Dorothea Liebscher und ihre

Würzburger Schule, das war Liebe auf den ersten Blick, da fielen Identifizierung und Einsatz nicht schwer.

Gleich zu Beginn ihrer Würzburger Zeit trat sie – das war Ehrensache – dem Verband bei, der sich damals VBB nannte. Auf Regionalebene lief sie sich in Sachen Verbandsarbeit zunächst ein wenig warm, war von 1973 bis 1976 stellvertretende Vorsitzende des BV Würzburg. Beim Bamberger Berufsschultag 1976 kam dann die Herausforderung: Sie übernahm mit dem Referat für Hauswirtschaft ein überregionales Amt, das sie sieben Jahre lang erfolgreich ausübte und das sie zum Mitglied des VBB-Hauptvorstands machte.

Zu dieser Zeit bekamen die bayerischen Frauenfachschulen einen neuen Status. Die Fachakademie für Hauswirtschaft wurde ins Leben gerufen und mit großem Engagement führte man die Diskussion um die schulische Berufsausbildung sowie um die Anerkennung entsprechender Abschlüsse. Dorothea Liebscher gehörte dem landesweiten Arbeitskreis „Schulleitungen an Fachakademien“ an und setzte sich in ihrer ruhigen, aber doch sehr bewussten Art mit ganzer Kraft für den Ausbau der Fachakademien und die Professionalisierung der hauswirtschaftlichen Berufe ein. Darüber hinaus engagierte sie sich im Arbeitskreis „Jungarbeiter und Lernbehinderte“.

Als sie 1993 die Schulleitung übernahm, waren die „fetten Jahre“ bereits Vergangenheit. Einerseits erlebten die Sozialberufe einen ungewöhnlichen Zulauf, andererseits trat der Schulträger bei der Bildung von Klassen immer stärker auf die Bremse. „Es ist die Quadratur des Kreises“, meinte Dorothea Liebscher. Es war für sie schlichtweg der Kampf um den Erhalt des in langen Jahren Geschaffenen gegen den Rotstift.

Die schlaflosesten Nächte aber hatte sie zweifellos, als man im Zuge der Reform der beruflichen Oberstufe die BOS aus ihrer Schule ausgliederte und bei der städtischen FOS etablierte. „Bei aller Loyalität zum Dienstherrn, verstehen kann ich diese Maßnahme nicht“, erklärte sie immer wieder und wies darauf hin, wie stark die

BOS doch ihrem angestammten Berufsfeld zugehöre und welche Synergieeffekt sie dort bewirke.

Zu dieser Zeit spürte die Schulleiterin die Solidarität ihres Kollegiums, bestehend aus rund 65 hauptamtlichen und etwa 35 nebenberuflichen Damen und Herrn besonders stark. „Das hat mit viel Kraft gegeben“, sagte sie.

Aber so ist das eben im Leben: wie es in den Wald hineinruft, so schallt es zurück. Wenn Dorothea Liebscher also eine so starke Solidarität des gesamten Kollegiums erfuhr, so war das nur die Konsequenz eines korrekten und von großer Verantwortung und Fürsorge geprägten Führungsstils, der letztlich aus einem positiven Menschenbild resultiert. „Die Chefin ist Motivatorin und Vorbild zugleich“, hieß es unter den Kolleginnen und Kollegen.

Nach ihrer Versetzung in den Ruhestand übernahm sie den Vorsitz des schulischen Fördervereins und schrieb eine Chronik ihrer Schule und somit eine Geschichte der Frauenbildung in Würzburg. Im vergangenen Jahr schellten für sie nochmals die Alarmglocken: Als der Schulträger sich entschloss, die Ausbildung in der Hauswirtschaft zu streichen, vermochte sie sich nicht zurückzuhalten. Sie ging in die Offensive, schonte sich nicht und war ganz maßgeblich an entsprechenden Gegeninitiativen zur Verhinderung der Rotstiftmaßnahme beteiligt. Der „Verein zum Erhalt Schulischer Ausbildung Hauswirtschaft, Kinderpflege, Sozialpflege am BBZ für Hauswirtschaft und Sozialwesen in Würzburg (ESA) e.V.“ wurde gegründet, rund 11000 Unterschriften gegen die Sparmaßnahme der Stadt gesammelt und eine Petition an den Bayerischen Landtag auf den Weg gebracht.

Eine große Trauergemeinde begleitete Dorothea Liebscher auf ihrem letzten Weg. Die berufliche Bildung und der VLB sind um eine hochverdiente Protagonistin ärmer.

*Peter Thiel,
im Namen des BV Unterfranken*

Eugen Dopfer in den Ruhestand versetzt

Mit großer Würdigung und angemessener Wertschätzung endete mit Ablauf des Schuljahres 2004/2005 die Ära Eugen Dopfer als Schulleiter an der Berufsschule III in Kempten im Allgäu.

Sein beruflicher Werdegang führte ihn über eine landwirtschaftliche Lehre sowie dem Besuch der höheren Ackerbauschule in Landsberg am Lech mit dem Bestehen der Hochschulreife und dem Studium des höheren Lehramtes Landwirtschaft am BPI in München zum Einstieg in den Lehrerberuf.

1992 im Februar erteilte Dopfer dann der Ruf als Schulleiter an die Berufsschule III in Kempten im Allgäu. Seine über dreizehnjährige Amtszeit in Kempten war unter anderem geprägt von reger Bautätigkeit (Schulgewächshaus, Lehrküchen sowie Umgestaltung von Fachräumen) und dem unerbittlichen Ringen um verschiedene Fachrichtungen an „seiner Schule.“

Das von ihm geliebte Fach Chemie lässt Eugen Dopfer auch während des Ruhestandes noch nicht ganz los. An den Beruflichen Schulen in Neusäß unterrichtet er dieses Fach einige Stunden an der hier noch jungen Fachoberschule.

Die Leiterin der Schulabteilung der Regierung von Schwaben, Gabriele Holzner, dankte Eugen Dopfer während der offiziellen Verabschiedung in ihrer Laudatio für die, in seiner über

39 jährigen Amtszeit um das berufliche Schulwesen in Schwaben erworbenen hohen Verdienste. Gleichzeitig wurde Klaus Hlawatsch als neuer Schulleiter feierlich in sein Amt eingeführt.

Am Schluss der Feierstunde bedankte sich der stellvertretende VLB-Kreisvorsitzende, Josef Kraft, bei Eugen Dopfer für die über 25 jährige Mitgliedschaft im VLB. *Josef Kraft*

Wir gratulieren im Januar ...

... zu Geburtstagen über 85 Jahre

Köhler, Karl, 24.01.1911
91781 Weißenburg, KV Mfr.-Süd
Schmidt, Johann, 21.01.1916
63739 Aschaffenburg, KV Untermain

... zum 85. Geburtstag

Endres, Berthold, 14.01.1921
84144 Geisenhausen, KV Landshut
Härtl, Franz, 01.01.1921
95707 Thiersheim KV Ofr.-Nordost
Hochgesang, Arthur, 15.01.1921
88145 Hergatz, KV Allgäu
Dr. Kotschenreuther, Otto, 04.01.1921
90411 Nürnberg, KV Nürnberg

... zum 80. Geburtstag

Brückner, Kurt, 11.01.
97461 Hofheim, KV Main-Rhön
Kohlbauer, Josef, 23.01.
94501 Aidenbach, KV Ndb.-Ost
Labus, Karlheinz, 26.01.
97074 Würzburg, KV Würzburg

Schmucker, Leo, 13.01.
86465 Welden, KV Augsburg
Schöner, Ilse, 15.01.
86925 Fuchstal, KV Allgäu
Wolf, Elisabeth, 06.01.
92318 Neumarkt, KV Neumarkt

... zum 75. Geburtstag

Gom, Willibald, 10.01.
87600 Kaufbeuern, KV Traunstein-BGL
Gschwandtner, Josef, 16.01.
84130 Dingolfing, KV Landshut
Oschmann, August, 21.01.
97762 Hammelburg, KV Main-Rhön
Rau, Elisabeth, 18.01.
91217 Hersbruck, KV Mfr.-Nord
Dr. Frank, Karl-Friedrich, 30.01.
83278 Traunstein, KV Traunstein-BGL
Härtlein, Stefanie, 14.01.
80639 München, KV Obb.-Nordwest
Off, Armin, 19.01.
84048 Aufhausen, KV Landshut
Siebentritt, Erika, 14.01.
91126 Kammerstein, KV Mfr.-Süd
Weinberger, Walter, 01.01.
94065 Waldkirchen, KV Ndb.-Ost
Widera, Hubertus, 05.01.
97437 Haßfurt, KV Main-Rhön

... zum 65. Geburtstag

Heimerer, Karl, 29.01.
85051 Ingolstadt, KV Obb.-Nordwest
Kiefer, Volker, 22.01.
88131 Lindau, KV Allgäu
Kneifel, Erich, 01.01.
92318 Neumarkt, KV Neumarkt
Kopp, Elfriede, 01.01.
81737 München, BV München
Kröner, Josef, 15.01.
95145 Oberkotzau, KV Ofr.-Nordost
Mannuß, Klaus, 24.01.
91801 Markt Berolzheim,
KV Mfr.-Süd
May, Karl, 08.01.
90480 Nürnberg, KV Nürnberg
Dr. Nickel, Franz, 26.01.
82140 Olching, BV München
Peller, Ernst, 23.01.
91257 Pegnitz, KV Traunstein
Pellkofer, Otto, 01.01.
95447 Bayreuth, KV Donau-Wald
Plail, Helmut, 12.01.
91217 Hersbruck, KV Opf.-Nord
Pockrandt, Horst, 23.01.
85435 Erding, KV Obb.-Nordwest
Vogel, Reinhard, 24.01.
95213 Münchberg, KV Ofr.-Nordost

Landrat Dr. Gebhard Kaiser, Klaus Hlawatsch, der neue Schulleiter, Eugen Dopfer und der Oberbürgermeister von Kempten, Dr. Ulrich Netzer.



... zum 60. Geburtstag

Adam, Herbert, 09.01.

90522 Oberasbach, KV Nürnberg

Allmansberger, Peter, 26.01.

97204 Höchberg, KV Würzburg

Baier, Hans, 10.01.

93037 Regensburg, KV Donau-Wald

Bayerl, Markus, 19.01.

85354 Freising, BV München

Bretl, Franz, 23.01.

84160 Frontenhausen, KV Landshut

Mohr, Heribert, 25.01.

92436 Bruck, KV Opf.-Nord

Recker, Willi, 31.01.

97199 Ochsenfurt, KV Würzburg

In den Ruhestand sind
gegangen ...**Beimler, Hans**, KV Opf.-Nord**Faust, Eugen**, KV Mfr.-Nord**Heimerer, Karl**, KV Obb.-Nordwest**Herold, Manfred**, KV Ofr.-Nordwest**Klimek, Ulrike**, KV Regensburg**Kneifel, Erich**, KV Neumarkt**Kostyra, Karl-Heinz**, KV Augsburg**Krahmer, Hans**, KV Mfr.-Nord**Meinl, Günter**, KV Traunstein-BGL**Mannuß, Klaus**, KV Mfr.-Süd**Müller, Volker**, KV Opf.-Nord**Dr. Nickel, Franz**, BV München**Peller, Ernst**, KV Traunstein-BGL**Plail, Helmut**, KV Opf.-Nord**Pockrandt, Horst**, KV Obb.-Nordwest**Poßner, Klaus**, KV Mfr.-Süd**Raps, Eduard**, KV Opf.-Nord**Vogel, Reinhard**, KV Ofr.-Nordost**Waltenberger, Franziska**, KV Main-Rhön**Widmann, Josef**, KV Obb.-Südwest**Wirges, Bernd**, KV Allgäu

Wir trauern um ...

Kremer, Hans, KV Würzburg (82)**Scheub, Hans**, KV Mfr.-Nord (63)

Vermischtes

Oberpfälzer Pensionisten
im NS-Dokumentations-
zentrum in Berchtesgaden

2003 hatten Oberpfälzer Pensionisten bei einer Eisenbahn-Sternfahrt nach Nürnberg das kostengünstige Bayernticket getestet und das NS-Dokumentationszentrum am „Reichsparteitag-gelände“ besucht. Die Idee hatte Anklang gefunden; man wollte mehr.

Dies wurde Anfang Oktober in einer 2-Tages-Fahrt umgesetzt, allerdings der besseren Beweglichkeit wegen per Bus und mit Übernachtung in Salzburg im Hotel „Etap“, dem jüngsten und preiswertesten Glied der Hotelkette Accor. Deren Slogan „Hier schlafen die Schlaunen“ – wurde am nächsten Morgen von allen 36 Teilnehmern akzeptiert, überrascht vom gebotenen Preis-Leistungs-Verhältnis und dankbar für die gemachte Erfahrung am Rande einer an sich auf andere Schwerpunkte angelegten Kurz-Studienreise.

Ziel war das vom bayerischen Institut für Zeitgeschichte vor wenigen Jahren auf dem Obersalzberg bei Berchtesgaden eingerichtete Dokumentationszentrum. Es belegt mit Bild- und Tonmaterial, wie sich hier aus einem scheinbar ruhigen „Ferien- oder Zweitwohnsitz“ Hitlers nach der Machtergreifung 1933 in sehr kurzer Zeit ein Machtzentrum entwickeln konnte, weil

ein totalitärer Machtapparat mit der nötigen Brutalität dafür die Rahmenbedingungen schuf. Über den bombensicheren Kellern der Nazigrößen aus dem unmittelbaren Umfeld Hitlers wird die unselige Vergangenheit nicht nur bewusst, sondern nahezu spürbar. Dass dies selbst für pensionierte Lehrkräfte kostenlos möglich ist, wurde von den Nutznießern dankbar vermerkt.

Neben diesen hier empfangenen Eindrücken konnte die spektakuläre Auffahrt zu Hitlers „Teehaus“ auf den Kehlstein allenfalls Erstaunen und Achtung vor der Leistung der damaligen Ingenieure und Arbeiter hervorrufen, die in nur 13 Monaten unter widrigsten klimatischen Bedingungen den wahnwitzigen Plan Martin Bormanns umsetzten, dem „Führer“ zum 50. Geburtstag für 150 Millionen Reichsmark ein „Adlernest“ – wie es die Alliierten nennen – zu präsentieren, für dessen Zugang eine der kühnsten Alpenstraßen damaliger Zeit und obendrein noch ein 120 m hoher Fahrstuhlschacht aus dem Fels gebrochen werden musste. Leider vereitelte dichter Nebel den Blick ins Berchtesgadener Land, so wie ihn einst Hitler und seine Gäste genießen konnten. Diese Schönheit offenbarte im Detail erst ein Abstecher zum berühmten Kirchlein in die Ramsau.

Lothar Fischer



Die Oberpfälzer Senioren vor dem Kirchlein in der Ramsau.

Termine

Fachtagung zur Dienstlichen Beurteilung

Die Dienstliche Beurteilung 2006

„Beurteilt werden ist schon schwer, Beurteilen noch sehr viel mehr!“

Der Verband der Lehrer an beruflichen Schulen (VLB) lädt Sie herzlich zu einer Informations- und Fortbildungsveranstaltung zur Dienstlichen Beurteilung 2006 ein.

Samstag, 4. Februar 2006

**Franz-Oberthür-Schule – Aula, Städt. Gewerbl. BBZ I
Zwerchgraben 2, 97070 Würzburg**

Programmablauf

- 09.30 bis 09.45 Uhr Begrüßung, Organisation,** Wolfgang Lambl
**Dienstliche Beurteilungen – Instrument der Personal-
führung!?** Hans Käfler, VLB-Vorsitzender
- 09.45 bis 11.00 Uhr „Führen – Fördern – Fordern“.** Aufgaben und Möglich-
keiten von Mitarbeiterbeurteilungen. Dr. Roland Storath,
Leiter der Staatl. Schulberatung Mittelfranken
- 11.00 bis 11.20 Uhr Kaffeepause**
- 11.20 bis 12.30 Uhr Regelungen zur dienstlichen Beurteilung
Verordnungen – Richtlinien – Vollzugshinweise**
Fragen und Antworten zur Dienstlichen Beurteilung,
Gisela Kappel, Ministerialrätin, Kultusministerium
- 12.30 bis 13.30 Uhr Mittagspause**
- 13.30 bis 15.15 Uhr „Aus der Praxis für die Praxis:“ Durchführung, Erstellung,
Überprüfung und Auswirkungen**
- AK 1 Zu Beurteilende und Personalvertreter**
Wolfgang Lambl und Marion Götz
- AK 2 Beurteiler an Berufs- und Wirtschaftsschulen**
Reinhard Burger und Bernhard Zeller
- AK 3 Beurteiler an Fach- und Berufsoberschulen**
Hans Dietrich und Wolfgang Klaus
- 15.15 Uhr Schlusswort – Zusammenfassung**
Hans Käfler

Die Veranstaltung ist als eine die staatliche Lehrerfortbildung ergänzende Fortbildung anerkannt. Eine Kostenerstattung aus staatl. Mitteln kann nicht erfolgen. Die Teilnehmer erhalten in Würzburg kostenfrei die Beurteilungsschrift 2006 des VLB

Anmeldung bis spätestens 2. Februar 2006 zur Fortbildung per

Telefax 089-5 04 44 3, E-Mail: info@vlb-bayern.de, Internet: www.vlb-bayern.de

Nachrichtliches

**BBB zum aktuellen Urteil
des Bayerischen Verfassungs-
gerichtshofs**

**BayVerfGH: Arbeitszeitver-
längerung für Beamte ent-
spricht dem Gleichheitssatz**

„Wir bedauern diese Entscheidung“, sagt Rolf Habermann, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbunds zum Urteil des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs. Das Gericht führt aus, dass die Arbeitszeitverlängerung nicht gegen den Gleichheitssatz verstoße, weil im Gegensatz zu Angestellten die Beamten in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis stünden.

„Wir halten aber an unserer Kritik fest, dass der Dienstherr mit der Verlängerung der Arbeitszeit aber genau dieses Dienst- und Treueverhältnis überstrapaziert. Beamte dürfen nicht als jederzeit verfügbares Sparpotential betrachtet werden“, sagt Habermann. Auch Bayern müsse endlich anerkennen, dass ein gewisser Zusammenhang zwischen Bezahlung und Arbeitszeit bestehe und dass Kompetenzen zu ihrer Verlängerung nur in bestimmten Grenzen bestehen.

Fakt sei, so der BBB-Chef, dass die Gesetzgebungskompetenz für die Bezahlung aller Beamtinnen und Beamten noch beim Bund liege, die Landesgesetzgeber hingegen die Arbeitszeit regeln. Damit haben sie es nach unserer Auffassung in der Hand, die bundesrechtlichen Regelungen zu unterlaufen. Durch längere Arbeitszeiten können die Länder bewirken, dass die Besoldung unter das vom Bund bestimmte Maß absinkt. Das Land darf nach unserer Ansicht nur in dem Rahmen tätig werden, den der Bund bei Festlegung der Besoldung auch im Auge hatte.

„Hier ist ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts gefragt“, verlangt Habermann. „Die beiden entschiedenen Verfahren liefen nicht über unseren Rechtsschutz. Wir haben Musterverfahren vor den Verwaltungsge-

Wir optimieren Ihre Versicherungen



Unabhängiger Versicherungsmakler



Tel.: 0931 / 92353 - Mob: 0172 / 6612918 - FAX: 0931 / 960419
E-Mail: peter.wiedmann@t-online.de

Kompetenz und Erfahrung Versicherungs Kontor

Inh.: Elke Wiedmann

Kister Straße 34
97204 Höchberg

z.B. errechnen wir Ihre Förder-Rente

Diese ist mehr denn je einer der wichtigsten Bausteine der privaten Altersvorsorge.

Sie wird staatlich gefördert durch Zulagen und Steuervorteile. Ab 2005 sind die Bedingungen Kundenfreundlich verbessert worden.

Achtung Männer!

Ab 2006 werden die sog. Unisex-Tarife eingeführt. Sie führen zu Leistungseinbußen bei den männlichen Kunden.

Reagieren Sie noch in diesem Jahr!

richten angestrengt, um auf diesem Weg eine rasche Entscheidung des obersten Bundesgerichts herbeizuführen. Es war uns aufgrund der früheren

Entscheidungen zur Arbeitszeit bereits klar, dass Klagen vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof keinen Erfolg versprechen.“

Neu unter www.vlb-bayern.de

Ab sofort können Sie Ihr persönliches Kleininserat oder Ihr Firmeninserat als Fließsatz- oder Rahmenanzeige (siehe Beispiel rechts) via Internet in VLB-akzente aufgeben.

Alle weiterführenden und ausführlichen Informationen über Erscheinungstermine und Preise finden Sie jetzt unter ...

www.vlb-bayern.de
→ Kleinanzeigen

Tauschpartner...

für Planstelle in Oberfranken gesucht ...

Ihr persönliches Inserat können Sie ab sofort via Internet als Kleinanzeige in VLB akzente aufgeben.

www.vlb-bayern.de → Kleinanzeige

Toskana, Ferienhäuser und **FeWos** mit Pool zu vermieten. Auch für Gruppen. Telefon 09 51 - 7 00 46 76.
www.hallotoskana.com

Appartement...

für 1 bis 2 Personen zu vermieten ...

Ihr persönliches Inserat können Sie ab sofort via Internet als Kleinanzeige in VLB akzente aufgeben.

www.vlb-bayern.de → Kleinanzeige

Autorenverzeichnis

Birner, Michael,

stellvertr. VLB-Landesvorsitzender
Zum Weinberg 23,
92272 Freudenberg-Aschach,
Tel.: 096 21-44 99 80

Kraft, Josef

BS, Wiesstr. 32, 87453 Kempten,
Tel.: 08 31-2 53 85-3 58

Lambl, Wolfgang

stellvertr. VLB-Landesvorsitzender
und Hauptpersonalrat
Gramschatzer Ring 6, 97222 Rimpar,
Tel.: 093 63-52 78

Lang, Helmut

VLB-Versicherungsbeauftragter
Ober Geisbergweg 34,
97234 Reichenberg, Tel.: 09 31-66 17 29

Leischner, Dietmar

Robert-Koch-Str. 10, 85521 Ottobrunn,
Tel.: 089-608 36 10

Münch, Johannes,

VLB-Webmaster
Rotspitzweg 16, 86391 Deuringen,
Tel.: 08 21-24 30 21

Pohlmann, Heiko,

VLB-Referent für Lehrerbildung
Kapellenstr. 82, 82239 Alling,
Tel.: 081 41-81 85 24

Schulter, Berthold

VLB-Seniorenbeauftragter
Weitlstr. 66, 80935 München,
Tel.: 089-38 58 40 84

Ab 1. Januar 2006:

Verbesserter Haftpflicht-Versicherungsschutz für Verbandsmitglieder

Der gemeinsam mit den in der Arbeitsgemeinschaft bayerischer Lehrerverbände (abl) verbundenen Lehrerverbänden abgeschlossene Versicherungsvertrag bringt wichtige Verbesserungen für unsere Mitglieder.

Erhöhte Deckungssummen

5 Mio Euro für Personen- und Sachschäden
60.000 Euro für Vermögensschäden
30.000 Euro bei Verlust des Schulschlüssels/der Codecard

Die Deckungssumme für Vermögensschäden verursacht durch Schulleiter und deren ständige Stellvertreter beträgt 500.000 Euro.

Ausweitung des Versicherungsschutzes

Aufgrund der geäußerten Wünsche unserer Mitglieder wurden folgende Zusatzvereinbarungen getroffen, die den Umfang des alten Vertrages erheblich überschreiten:

• Forderungsausfallversicherung

Mitglieder, die ihren berechtigten Schadensersatzanspruch gegen einen Dritten ganz oder teilweise nicht durchsetzen können, z.B. weil dieser mittellos ist, bekommen ihren Schaden von der Verbandshaftpflichtversicherung erstattet, wenn der Schaden mehr als 2.000 Euro beträgt und gegen den Dritten ein vollstreckbarer Titel erwirkt wurde.

• Versicherungsschutz bei Gefälligkeitsleistungen

Aufgrund der BGB-Vorschriften entsteht bei Schäden durch Gefälligkeitsleistungen nur dann ein Schadensersatzanspruch für den Geschädigten, wenn der Schaden grob fahrlässig oder vorsätzlich herbeigeführt wurde. Nun wurde mit dem zuständigen Versicherer vereinbart, dass Schäden durch Gefälligkeitsleistungen auch dann reguliert werden, wenn der Schaden nur einfach fahrlässig verursacht wurde. Diese Verbesserung war allerdings nur mit der Einschränkung erreichbar, dass der Versicherte an jedem Gefälligkeitssschaden eine Selbstbeteiligung von 150 Euro trägt.

• Zweifamilienhäuser

Bisher konnte der Eigentümer eines Zweifamilienhauses nur dann auf die Haus- und Grundbesitzer-Haftpflichtversicherung verzichten, wenn er das Zweifamilienhaus selbst bewohnte und lediglich nur einzelne Räume vermietet waren. Zukünftig sind die Gefahren des Zweifamilienhauses auch dann im Rahmen der Verbandshaftpflichtversicherung versichert, wenn eine komplette Wohnung vermietet ist,

denn die Bedingung für den Versicherungsschutz lautet: „Versichert ist ... ein im Inland gelegenes Zweifamilienhaus, wenn eine Wohnung vom Versicherungsnehmer selbst genutzt wird.“

• Einfamilienhäuser, Ferien- oder Wochenendhäuser

Für Einfamilienhäuser fällt die Bedingung weg, dass das Haus im Inland liegen muss. Zukünftig besteht auch dann Versicherungsschutz, wenn das Einfamilienhaus im Inland oder in den EU- und EFTA-Staaten liegt. Die gleiche Erweiterung gilt zukünftig auch für Ferien- oder Wochenendhäuser, wobei ein auf Dauer abgestellter, nicht versicherungspflichtiger Wohnwagenanhänger als Wochenendhaus gilt.

• Erweiterter Kreis mitversicherter Personen

Mitversichert sind zukünftig auch die Angehörigen des versicherten Mitglieds, des Ehegatten oder des Lebenspartners soweit die Angehörigen in häuslicher Gemeinschaft mit dem versicherten Mitglied wohnen. Ebenfalls neu ist die Mitversicherung von sonstigen im Haushalt des Mitglieds lebenden Personen (z. B. Austauschschüler, Au-pair-Mädchen) für maximal 12 Monate.

• Auslandsaufenthalte

Bei Auslandsaufenthalt sind benutzte bzw. angemietete Wohnungen und Häuser bis zu einem Jahr mitversichert. Bei dienstlichen Auslandsaufenthalten gilt dieser Versicherungsschutz für die gesamte Dauer des Aufenthalts.

• Kraftfahrzeuge

Zum Schluss noch eine kleine Leistungsverbesserung, die den Kraftfahrzeugbereich trifft:

Zukünftig sind Kraftfahrzeuge mitversichert, wenn sie nicht schneller als 6 km/h fahren können. Mitversichert sind nun auch selbst fahrende Arbeitsmaschinen (z. B. Aufsitzrasenmäher) mit nicht mehr als 20 km/h.

Informieren Sie sich ausführlich über Ihre Verbandshaftpflichtversicherung. Die Versicherungsbedingungen erhalten Sie ab Mitte Januar 2006 über die Bezirks- oder Kreisvorsitzenden. Sie können die Versicherungsbedingungen auch per email (info@vlb-bayern.de) bei unserer Geschäftsstelle in München anfordern.

Für weitere Rückfragen steht Ihnen auch der VLB-Versicherungsbeauftragte Helmut Lang zur Verfügung. Sie erreichen ihn unter: lang@vlb-bayern.de oder per Telefon: 09 31 - 66 17 29